

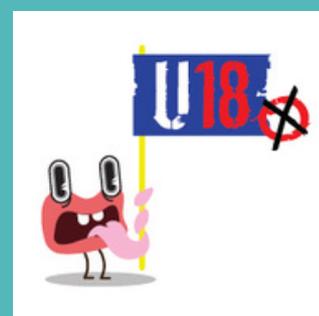
U18

Kommunalwahl



Dein Alltag - deine Themen!

Antworten der Koblenzer Parteien auf
Fragen der Jugend



Liebe Schülerinnen und Schüler an Koblenzer Schulen,

wenn ihr diesen Text lest, fragt ihr euch bestimmt, was es mit der U18 Wahl auf sich hat. Die U18 Wahl ist die Wahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Es gibt die U18 Wahl schon seit vielen Jahren bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen.

In Koblenz wird am 09.06. bei der sogenannten Kommunalwahl der neue Stadtrat gewählt. Leider dürfen hier nur Volljährige ab 18 Jahren ihre Stimme abgeben.

Wir vom Kinder und Jugendbüro möchten aber wissen: Wie hätte die Koblenzer Jugend gewählt?

Deshalb führen wir an allen Koblenzer Schulen eine U18 Wahl durch und veröffentlichen die Ergebnisse. So können alle Menschen in Koblenz sehen, wie die Jugendlichen gewählt haben.

Damit ihr genau wisst, was die Koblenzer Parteien umsetzen wollen, falls sie gewählt werden, haben wir mit der Hilfe von Jugendlichen aus dem Jugendrat einen Fragenkatalog erstellt. Dabei war es uns besonders wichtig, dass Themen besprochen werden, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen.

Die Antworten der Parteien findet ihr auf den kommenden Seiten. So könnt ihr euch ein Bild machen und vielleicht hilft es euch ja bei der Entscheidung.

Viel Spaß beim Lesen und beim Wählen!

Euer Team vom Kinder- und Jugendbüro



Disclaimer:

Für die Antworten auf unsere Fragen sind die teilnehmenden Parteien verantwortlich.

Wir haben nichts verändert, sondern die Antworten im Wortlaut übernommen.

Das Kinder- und Jugendbüro ist überparteilich und setzt sich für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen ein.

Inhalt

Die beteiligten Parteien	5
Allgemeine Fragen	6
Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Jugend	14
Umwelt und Klima	21
Mobilität und Verkehr	32
Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche	41
Migration und Integration	45
Chancengleichheit	53
Extremismus	60

Die beteiligten Parteien:

Christlich Demokratische Union (CDU)

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Bündnis90/Die Grünen

Die Linke

Die Partei

Wählergruppe Schängel (WGS)

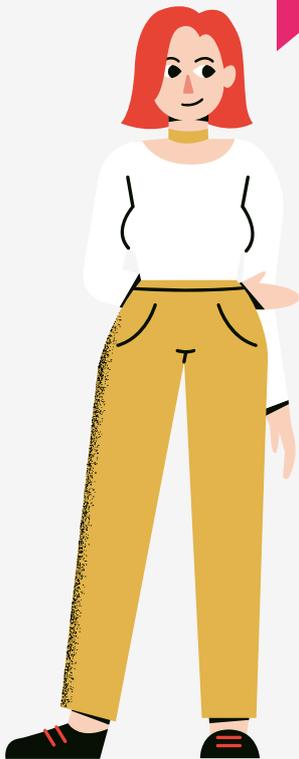
Freie Demokratische Partei (FDP)

Alternative für Deutschland (AfD)

Freie Wähler (fW)

Allgemeine Fragen

Warum sollten junge Menschen gerade Ihre Partei wählen?



Was sind denn Ihre 3 wichtigsten Themen?



Warum sollten junge Menschen gerade Ihre Partei wählen?

SPD:

Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Uns ist es wichtig, dass jeder Mensch – ob mit armen oder reichen Eltern, unabhängig vom Geschlecht, ob in Deutschland geboren oder hierher zugezogen, ob mit oder ohne Behinderung – ein glückliches Leben führen kann. Wir achten darauf, dass alle die gleichen Chancen auf Bildung und Ausbildung bekommen. Das ist natürlich gerade für junge Leute wichtig. Sie sollen ihr Leben so führen können, wie es ihnen gefällt.

Die SPD ist auch eine Partei des Antifaschismus. Wir leben in einer Zeit des zunehmenden Egoismus. Das sieht man auch am Erstarken des Rechtsextremismus. Dagegen stellen wir uns mit aller Kraft – wie wir es auch schon im 3. Reich getan haben. Wir wollen eine Gesellschaft des Miteinanders und nicht der Ausgrenzung.

AfD:

Damit Jugendliche in Bezug auf die eigene Heimat eine friedliche und wirtschaftlich sichere Zukunft haben.

WGS:

Zunächst einmal, wir sind KEINE Partei, sondern ein eingetragener Verein. Dadurch haben wir keine Landes- oder Bundespartei über uns, an deren Grundsatzprogrammen wir uns halten müssen. Die Wählergruppe Schängel e.V. möchte sich ausschließlich für Koblenz einsetzen, ohne Ambitionen den Stadtrat nur als Sprungbrett für ein Landtags- oder Bundestagsmandat zu nutzen.

DIE PARTEI:

Die PARTEI zu wählen, ist wie Rauchen: Es ist cool und bringt Anerkennung in der Gruppe. Außerdem unterstützt die PARTEI konsequent Initiativen und Ziele junger Menschen, wie Fridays For Future und setzt sich für mehr gesellschaftliche Mitsprache von Jugendlichen ein.

Grüne:

In Koblenz gibt es viel Potenzial um das Leben junger Menschen zu verbessern. Zu unseren Forderungen gehören hier die Einrichtung neuer Jugendräume, aber auch ein dezentrales Angebot im Rahmen der Jugendarbeit. Auch die Entsiegelung von Schulhöfen und deren anschließende Begrünung sind wichtige Forderungen, um die Aufenthaltsqualität der Schüler*innen in den Pausen zu verbessern und zusätzlich im Sommer für Schatten und Abkühlung zu sorgen. Um den Hochschulstandortstandort zu stärken wollen wir ein Haus der Wissenschaft einrichten, in dem die Universität und die Hochschulen in Kontakt mit den Bürger*innen kommen können.

Für uns Grüne ist aber auch klar, dass Klimaschutz weiterhin oberste Priorität hat. Wir wollen in diesem Sinn die Produktion erneuerbarer Energie in Koblenz stärken um den Energieverbrauch der Stadt mit erneuerbaren Energien zu 100% decken zu können. Zum Klimaschutz gehört auch die Mobilitätswende. Hier werden wir uns auch weiterhin für sichere, sowie vernetzte Radwege im gesamten Stadtgebiet und ein flächendeckendes Netz an Ladesäulen in Koblenz einsetzen.

Uns ist es aber genauso wichtig, dass Koblenz eine Stadt für alle Menschen ist. Wir werden daher auch weiterhin eine klare Kante gegen rechte Parolen und Politik zeigen und setzen uns für ein queeres Zentrum in Koblenz ein. Außerdem setzen wir uns für eine stärkere Sichtbarkeit von Frauen in unserer Stadt durch Öffentlichkeitskampagnen und eine Stärkung der Gleichstellungsstelle ein. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass das bereits beschlossene Sozialticket in Koblenz auch umgesetzt wird, damit niemand aufgrund seiner finanziellen Situation vom Stadtleben ausgeschlossen ist. Genau deswegen ist für uns auch wichtig, dass wir in Koblenz mehr sozial geförderten Wohnraum einrichten.

Freie Wähler:

Die FREIEN WÄHLER Koblenz setzen sich für Freiheit und Sicherheit ein. Sicherheit und Freiheit sind entscheidend für eine erfolgreiche Gesellschaft. Ohne Sicherheit gibt es keine wahre Freiheit. Das betrifft alle Lebensbereiche. In der Wirtschaft sorgt Sicherheit für stabile Bedingungen, fördert Innovation und Wohlstand. Unter sicheren Bedingungen können Unternehmen wachsen. Für junge Menschen ist Sicherheit wichtig, um sich in Bildung und persönlicher Entwicklung frei entfalten zu können. Ein sicherer Raum schafft Vertrauen und ermutigt junge Menschen, sich aktiv einzubringen. In sozialen Bereichen ermöglicht Sicherheit ein Umfeld, in dem Menschen Vertrauen aufbauen können. Das ist entscheidend für Zusammenhalt, Solidarität und ein starkes Gemeinschaftsgefühl.

Auch im Nachtleben ist die Verbindung von Freiheit und Sicherheit unerlässlich. Ein sicherer Rahmen ermöglicht es, kulturelle Veranstaltungen und soziale Interaktionen in vollen Zügen zu genießen, ohne Bedenken um persönliche Sicherheit.

FDP:

Junge Menschen können die FDP wählen, denn sie setzt sich für die individuelle Freiheit jedes Einzelnen ein. Wir sind überzeugt: Jeder einzelne junge Mensch hat es selbst in der Hand positive Veränderung für sich und die Gesellschaft zu schaffen. Wir setzen uns für Chancengerechtigkeit ein. Daher ist unsere oberste Priorität Bildungswege zu ermöglichen und Talente zu stärken. Wir sehen zudem in der Digitalisierung eine Chance, und weniger ein Risiko. Wir glauben an die Jobs von morgen und möchten unternehmerische Ideen fördern, und von Bürokratie entfesseln. Zudem möchten wir die Rente und Staatsausgaben so gestalten, dass den zukünftigen Generationen Luft zum Atmen bleibt. In einer Zeit, in der Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein lebenswertes Klima nicht mehr sicher sind, braucht es eine starke liberale Kraft. Eine Stimme für die FDP ist eine für Fortschritt und den Willen mit demokratischen Prozessen mehr erreichen zu können.

Die Linke:

Weil bei uns, bei Die Linke, junge Menschen die Inhalte der Partei mitbestimmen. Mit gleich zwei aktiven Jungenverbänden in Koblenz, der Linksjugend [Solid'] und dem SDS (Studierendenverband), steht bei uns nicht Mitbestimmung nur auf dem Papier, sondern wird in allen Themenfeldern gelebt. Zudem dürfen bei uns Personen ab der Vollendung des 14. Lebensjahrs Mitglied werden. Im Vergleich zu anderen Parteien haben wir das jüngste Durchschnittsalter bei unseren Mitgliedern. Das liegt vor allem daran, weil Die Linke grundlegend gesellschaftliche Misstände beheben möchte und zwar nicht nur von heute, sondern auch für die Zukunft und daher die nachkommenden Generationen immer mitdenkt. Zudem sind uns soziale Aspekte und die individuelle Entfaltung jedes Einzelnen wesentliche Orientierungspunkte: Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft und zwar über nationale Grenzen hinweg!

CDU

Für die bevorstehende Kommunalwahl gibt es keine andere Partei, die derart auf Erneuerung und Verjüngung ihrer Kandidaten geachtet hat. Allein unter den ersten 20 Plätzen befinden sich vier Kandidaten der Jungen Union. Junge Menschen sollten daher die CDU wählen, weil sie wie keine andere Partei junge Menschen für diese Kommunalwahl gefördert hat.

Was sind Ihre 3 wichtigsten Themen?

FDP:

Die FDP möchte das Gute in Koblenz besser machen und dort, wo es Nachholbedarf gibt einen Sprung nach vorne wagen und so die Chancenstadt der Zukunft schaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Wirtschaft zu stärken und in einem „enkelfittigen“ Haushalt die Prioritäten für die Zukunft zu setzen. Klar ist: Wachstum entsteht durch Innovation, Investition und das Entfesseln wirtschaftlicher Potentiale. Ohne Wirtschaft und Geld in den Kassen ist alles nichts. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bildung. Für uns ist es egal woher man kommt, uns ist wichtig wohin man will. Unsere Politik soll den Grundstein für einen erfolgreichen Lebensweg legen. Der dritte Schwerpunkt liegt in der Digitalisierung. Eine digitale Stadt kann Prozesse schlanker und schneller machen. Als Beispiel müsste man für einen Pass nicht mehr aufs Amt gehen, sondern könnte diesen bequem von Zuhause beantragen.

CDU:

Jugendarbeit: Wir möchten mehr Spiel- und Bolzplätze schaffen, die attraktiv, kindgerecht und modern gestaltet sind. Dabei sollen vorhandene Spielplätze gleichmäßig ausgestattet, optimiert und aufgewertet werden, zum Beispiel durch die Installation einer Babyschaukel in jedem Stadtteil. Auch wollen wir die Jugendabteilungen der Feuerwehren, des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen unterstützen, um jungen Menschen den Einstieg in das Ehrenamt zu erleichtern.

Bildung: Gut ausgestattete Schulen und Kitas mit ausreichenden Kapazitäten sind essenziell für Familien, junge Menschen und Kinder. Unsere Ziele: Keine Wartelisten für Kitas, die Sanierung maroder Kitas und Schulen sowie der Neubau von Kitas und Grundschulen in den Stadtteilen nach Bedarf.

Wohnen in Koblenz: Besonders junge Familien benötigen erschwinglichen Wohnraum. Für Familien und junge Erwachsene darf der Traum von der eigenen Wohnung nicht daran scheitern, dass kein bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Dies lässt sich nur durch den Neubau von Wohnungen und die Sanierung leerstehender Gebäude erreichen. Unsere Ziele sind das Ausweisen von Neubaugebieten und das Vorantreiben finanzierbarer Bauvorhaben.

Die Partei:

1. Bezahlbarer Wohnraum: Miet- und Nebenkosten steigen auch in Koblenz ständig weiter. Und der Bau von günstigen Wohnungen (sozialer Wohnungsbau) wird durch erdrückend hohe Baukosten verhindert. Wir wollen wenigstens die Mietpreise wieder runterdrücken. Je mehr Graffiti in einem Stadtteil desto geringer sind die Mieten. Darum soll die Stadt eine Sprayer-Spezialeinheit aufstellen, die in die hochpreisigen Stadtteile geht und dort die Gegend verschandelt.
2. Nachtkultur erhalten / Kneipen- & Clubszene stärken: Die PARTEI setzt sich für die Erhaltung und eine höhere Wertschätzung der Koblenzer Kneipen- und Clubszene ein, die nicht nur Arbeitsplätze schafft ("Hurra, die Wirtschaft stärken!"), sondern auch für Ablenkung vom doofen, langweiligen Alltag für Jung & Alt sorgt, Menschen zusammenführt und Frohsinn bereitet.
3. Ordnung & Gerechtigkeit durch Künstliche Intelligenz (KI) und Drohneneinsatz: Einige Leute (oft alt, weiß, Stock im Arsch) behaupten, dass Koblenz eine von Verbrechen und Gesetzlosigkeit gebeutelte Stadt ist. Die PARTEI will die modernen Möglichkeiten unserer Zeit nutzen und durch KI-gesteuerte Drohnen in der Luft und am Boden das Sicherheitsgefühl stärken. Dazu soll einerseits die fliegende Flammenwerferdrohne TF-19 "Wasp" (Wespe) angeschafft werden. Andererseits soll der vierbeinige "Thermonator", eine am Boden operierende Laufdrohne mit einem auf dem Rücken installierten Flammenwerfer, durch die Straßen patroullieren. In großer Stückzahl und gesteuert von einer Künstlichen Intelligenz werden diese dann in Koblenz mit dem flammenden Schwert der Gerechtigkeit für Sicherheit, Ordnung und Disziplin sorgen.

SPD:

- 1.Frieden: Ohne Frieden und Sicherheit ist alles andere nichts. Wenn man dauernd in Angst vor einer äußeren Bedrohung lebt, kann man sich nicht frei entfalten. Deshalb ist die Unterstützung der Ukraine für uns so wichtig. Wenn Putin den Ukraine-Krieg gewinnt, ist ganz Europa in Gefahr vor weiteren Angriffen, und es droht ein neuer Weltkrieg.
- 2.Klimaschutz: Wir müssen es schaffen, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu produzieren, uns fortzubewegen und zu heizen. Und das ist auch zu schaffen! Unsere Erde soll auch für kommende Generation noch bewohnbar sein.
- 3.Bildung: Bildungspolitik war für die SPD immer schon sehr wichtig. Bildung ermöglicht Freiheit, Wohlstand und eine gute Lebensgestaltung. Bildung und Wissenschaft sind die Mittel, um unsere Probleme zu lösen. Entdeckungen und Erfindungen kommen nicht aus dem Nichts. Auch bei der Bildungspolitik wollen nicht nur eine hohe Qualität, sondern auch alle mitnehmen, also Inklusion.

WGS:

Bürgernahe Politik – Wir sehen uns als Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung.

Gerne darf man uns bei kleinen oder großen Problemen ansprechen. Ob es der „Gelbe Sack“ ist, der vergessen wurde abzuholen oder Probleme bei der Baugenehmigung. Wir setzen uns für unsere Bürgerinnen und Bürger ein und versuchen, in deren Interesse Lösungen zu finden. Koblenz eine lebens- und liebenswerte Stadt – Wir sehen uns als Ideengeber für ein noch schöneres Koblenz. Wir werden als Stadtrat nie die Möglichkeiten haben das ganz große Rad zu drehen oder die ganz große Politik zu machen, da dies im Landtag oder Bundestag passiert. Wir können aber mit vielen kleinen Dingen dafür sorgen, dass Koblenz noch lebens- und noch liebenswerter wird für die Menschen, die in dieser schönen Stadt leben. Ein schönes Beispiel aus der letzten Wahlperiode sind z.B. die vielen wunderschön bemalten Stromkästen in der Stadt, die nun ein richtiger Blickfang geworden sind. An der Seite der Bürgerinnen und Bürger – Wir sind gegen weitere Erhöhungen von Steuern und Gebühren, die wir als Stadtrat beeinflussen können. Solange die Bundes- und Landesregierungen immer wieder Gesetze verabschieden, welche die Kommunen dann bezahlen müssen, weil Bund und Land diese finanziell nicht vernünftig ausstatten, werden wir als WGS keiner Erhöhung von Grundsteuern oder Gewerbesteuern zustimmen

Die Linke:

1. Soziale Gerechtigkeit: Wir stehen für umfassende Chancengleichheit. Wir fordern ein Recht für alle auf gute Bildung. Wir sind gegen jegliche Benachteiligung – ob bei der Berufsfahl, Jobbezahlung, Wohnungssuche oder der Gesundheitsversorgung: Denn jedes 5. Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Und wir kritisieren wirtschaftliches Handeln, das auf Ausbeutung basiert und für soziale Ungleichheit verantwortlich ist.
2. Umweltschutz: Die menschengemachte Klimakrise ist heute die größte Herausforderung. Wenn die Erde keine Zukunft hat, haben es die Menschen auch nicht. Für die nächsten Generationen müssen wir jetzt alle unsere Kräfte aufbringen. Zudem ist es uns wichtig, dass sich jeder Mensch, unabhängig vom Geldbeutel, einen neutralen Klimaabdruck leisten kann.
3. Antifaschismus: Der Rechtsruck stellt eine der größten Gefahren für unsere Gesellschaft dar. Wir möchten eine Gesellschaft, in der niemand diskriminiert wird. Vielfalt ist für uns eine Stärke – wer wen liebt, ob man im Rolli sitzt, welche Hautfarbe man hat: Jede*r ist gleich wichtig!

Grüne:

Ganz klar gehört zu den wichtigsten Themen Koblenz klimaneutral zu machen. Das wollen wir bis 2035 erreichen, unter anderem durch eine gelungene Mobilitätswende, durch eine kommunale Wärmeplanung und die verstärkte Errichtung von Photovoltaik-Anlagen. Wichtig ist die Klimaneutralität, weil wir auch den künftigen Generationen ein gutes Leben in unserer Stadt möglich machen wollen. Das gelingt uns aber nur, wenn wir die Wende jetzt schaffen.

Auch unter den Top 3 ist der Ausbau der Rad-Infrastruktur. Durch den Radentscheid ist bereits einiges in Bewegung gekommen. Das wollen wir nun zügig und priorisiert umsetzen. Wichtig ist es dabei aber auch, dass man die Radwege zu einem Netz verbindet um sich sicher durch die Stadt bewegen zu können. Wir werden weitere Fahrradstraßen in der Stadt anstoßen und durch Radpendler*innenrouten das Umsteigen für Berufstätige erleichtern.

Wir GRÜNEN stehen für ein solidarisches Miteinander. Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft wollen wir demokratische Strukturen weiter fördern und uns rechtsextremen Tendenzen klar entgegenstellen. Eine starke demokratische Gesellschaft ist die Antwort und das Mittel gegen Hass und Hetze, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Deswegen wollen wir bestehende Initiativen und Strukturen ausbauen und demokratiefördernde Elemente stärken. Deswegen werden wir uns beispielsweise für ein Planspiel „Stadtrat“ an Koblenzer Schulen einsetzen, damit junge Menschen schon früh eine niedrigschwellige Möglichkeit bekommen, Einblicke in demokratische Prozesse zu bekommen.

Freie Wähler:

In unserem Wahlprogramm haben wir uns auf 11 Schwerpunkte verständigt, die sich gegenseitig ergänzen und zusammen unsere Politik benennen. Neben der Freiheit und der Sicherheit des einzelnen Bürgers in Koblenz ist eine ökologische und sozialgerechte Stadtentwicklung besonders wichtig.

AfD:

Wir lehnen es ab Menschen aufgrund ihrer Meinung auszugrenzen und zu diskriminieren. Zensur, Bevormundung? Dies lehnen wir ab, weil wir unsere Freiheit schützen wollen. Die Corona-Zeit hat gezeigt, dass einige staatliche Maßnahmen unrechtmäßig unsere Freiheiten beschränkt haben. Wir sind selbstbewusste Bürger, die ihre Heimat lieben. Wir gehen nicht gebückt, sondern machen uns gerade.

Mitbestimmung

Sind Sie für ein Wahlalter ab 16 bei Kommunalwahlen?



Möchten Sie, dass Jugendliche bei Themen, die sie betreffen, nicht nur beratend unterstützen, sondern auch mitentscheiden dürfen? Welche Möglichkeiten sehen Sie dafür?



Möchten Sie, dass Jugendliche bei Themen, die sie betreffen, nicht nur beratend unterstützen, sondern auch mitentscheiden dürfen?

SPD:

Ja, das möchten wir und dafür sehen wir auch viele Möglichkeiten. Zuallererst geht es um Mitbestimmung in der Schule. Wir wollen die Rechte der SVen weiter stärken. Auf Stadtebene haben wir einen Jugendrat, der in allen jugendpolitischen Fragen mitreden kann. Auch hier können wir uns noch mehr Entscheidungsrechte vorstellen. In allen demokratischen Parteien gibt es Jugendorganisationen. Bei der SPD sind es die Jusos. Sie haben die ganz wichtige Rolle, dafür zu sorgen, dass die SPD sich permanent mit Jugendfragen beschäftigt. Viele Vereine haben schon Jugendwarte, und auch deren Rechte müssen ausgebaut werden und es sollte sie flächendeckend geben.

Wie oben schon gesagt, wollen wir auch, dass Jugendliche ab 16 Jahren die Stadt- und Gemeinderäte und auch den Landtag mitwählen können und setzen uns weiter dafür ein.

Unsere Demokratie braucht Beteiligung und die Erfahrung, dass es sich lohnt, mitzugestalten. Deshalb wollen wir die demokratische Bildung von Jugendlichen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen.

AFD:

Es gibt Schulsprecher, Klassensprecher, Jugendrat und Schülervertretungen die eine beratende Funktion und Teilhabe an der Politik ermöglichen.

WGS:

Wir haben in Koblenz, mit dem Jugendrat ein fantastisches Gremium geschaffen, welches die Interessen der Jugendlichen hervorragend vertritt. Der Jugendrat, besitzt bei der kommunalen Politik ein sehr hohes Maß an Ansehen, so dass die meisten Entscheidungen im Interesse des Jugendrates vom Stadtrat beschlossen werden.

FDP:

Vor allem ist uns wichtig, dass sich junge Menschen über das Jugendparlament auf kommunaler Ebene mit ihren Ideen und Vorschlägen einbringen können. Das Rederecht mit beratender Stimme für Jugendräte in kommunalen Gremien ist für uns richtig und wichtig. Die Mitgliedschaft in der FDP und anderen Parteien ist bereits ab 16 Jahren zulässig. Bundesweit engagieren sich junge Menschen in Vorständen und Gremien für die Freien Demokraten, sind leidenschaftliche Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, verfassen Anträge und diskutieren über Wahlprogramme.

Mitbestimmen ist im offenen Dialog mit gewählten Repräsentanten möglich. Die Überzeugung der FDP ist es, dass junge Erwachsene so aktiv in den Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung eingebunden werden. Es ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe jeder Partei, Fraktion sowie Verpflichtung jedes gewählten Stadtratsmitglieds junge Menschen mit Ihrer Meinung wertzuschätzen und ein offenes Ohr für die berechtigten Anliegen zu haben. Sinnvoll ist es unserer Meinung nach auch den Austausch über die Gestaltung der Zukunft mittels Online-Plattformen zu erleichtern.

CDU:

Um den Zusammenhalt über die Generationen hinweg zu stärken, ist es entscheidend, Jugendvertreter und Jugendgruppen nicht nur anzuhören, sondern sie aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Eine wirksame Maßnahme könnte sein, dem Jugendrat mehr Kompetenzen zu verleihen. Zum Beispiel könnte ihm ein festgelegtes Budget aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werden, das er eigenständig zur Finanzierung von Initiativen nutzen könnte.

Freie Wähler:

In Koblenz haben wir einen gut aufgestellten Jugendrat, der von allen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sehr ernst genommen wird. Die Haltung des Jugendrats wird in den entsprechenden Gremien ernst genommen. Jedoch sollte die Möglichkeit geprüft werden, ob die Jugendlichen in diesen Gremien nicht auch Stimmrecht erhalten können.

Die Partei:

Ja, auf jeden Fall. Themen, die Jugendliche direkt betreffen, sollten grundsätzlich gemeinsam mit diesen diskutiert und für deren Mitwirkung offen gestaltet sein. Hier sollten die Möglichkeiten des Jugendrates ausgebaut und gestärkt werden, z.B. indem der Jugendrat vergleichbare Rechte, wie ein städtischer Ausschuss erhält oder zumindest bei Themen, die Jugendliche betreffen, ein solches Recht jeweils im Stadtrat beantragen kann (z.B. Bau eines Jugendtreffs in einem Stadtteil).

Grüne:

JA!

Die Mitbestimmung durch Junge Menschen ist ein wichtiger Faktor, wenn wir über selbstwirksames Handeln sprechen. Um dies zu ermöglichen, wäre es zum Beispiel wichtig, dem Jugendrat im Jugendhilfeausschuss Stimmrecht zu verleihen. Mitreden ist wichtig, Mitentscheiden allerdings besser.

Die Linke:

Es gab mehrere Anträge unserer Fraktion hierzu, beispielsweise eine Vergütung für den Jugendrat oder die Forderung nach Jugendtreffpunkten draußen namens „Schängeltreff“. Über solche Anträge von uns konnte der Jugendrat immer abschließend mitentscheiden. Wir finden, dass alle Fraktionen dies so tun sollten. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Jugendrat junge Schüler*innen repräsentiert; Student*innen oder Kinder, die nicht beschult werden, bekommen auch im Jugendrat keine Stimme. Wie das verbessert werden kann, möchten wir in der nächsten Wahlperiode zusammen besprechen. Für alle Vorschläge, die wir haben, gibt es Grenzen, da Kommunalpolitik der Gemeindeordnung untersteht und die darf nur auf Landesebene verändert werden. Aber auch hier in Koblenz ist mehr Mitbestimmung möglich.

Sind Sie für ein Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen?

SPD:

Ja. Wir haben auch schon mehreren politische Anläufe unternommen, um es durchzusetzen. Leider brauchen wir dafür eine Verfassungsänderung, und dafür braucht man eine 2/3 - Mehrheit, die wir nur zusammen mit der CDU hätten. Aber die CDU macht leider nicht mit.

CDU:

Wer das Wahlalter auf 16 Jahre senken möchte, muss auch die Mündigkeit auf dieses Alter herabsetzen. Eine Wahlentscheidung trägt mindestens genauso viel Verantwortung wie der Abschluss eines Kaufvertrages. Für uns gilt: Wahlalter und Volljährigkeit müssen Hand in Hand gehen.

FDP:

Die Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunal, Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre für mehr Generationengerechtigkeit. 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren leben derzeit in Deutschland. Mit 14 Jahren dürfen sie ihre eigene Religion frei bestimmen und können strafrechtlich für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. Sie arbeiten, zahlen Steuern, Sozialabgaben und nehmen als Konsumenten am Wirtschaftsleben teil. Für Berufstätige kennt das Gesetz eine bereichsbezogene volle Geschäftsfähigkeit schon ab 16 Jahren. Konsequenzen politischer Entscheidungen werden auch immer von jungen und künftigen Generationen getragen. Sie treffen die Folgen der Renten-, Finanz-, Digital- und Klimapolitik am stärksten. Fehlentscheidungen von heute stellen sie vor die vollendeten Tatsachen von morgen. Das Wahlrecht ist das vornehmste, demokratische Recht und Schlüssel zu politischer Teilhabe. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts, z.B. die Durchsetzung des Frauenwahlrechts, die Beseitigung rassistischer Diskriminierung im Wahlrecht der USA. Jugendliche sind fähig sich und ihren politischen Willen zu bilden!

WGS:

Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren. Dies liegt in erster Linie daran, dass wir der Meinung sind, dass man erst dann wählen sollte, wenn man auch gewählt werden kann, sprich wenn man volljährig ist. Wenn der Gesetzgeber, die Volljährigkeit auf 16 Jahre herabsetzen möchte, dann wären wir auch mit einem Wahlalter 16 einverstanden. Es kann aber unserer Auffassung nicht sein, dass man einerseits nicht voll geschäftsfähig ist aber auf der anderen Seite dann bestimmen soll wer das Land/Stadt regiert. Das passt irgendwie nicht zusammen.

Die Partei:

Wir sind für eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahren bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, denn auf all diesen Ebenen werden politische Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen junge Menschen kurz- und langfristig betreffen und ihre Zukunft beeinflussen.

AfD:

Es gibt einige 16.-jährige Jugendliche, die vielseitig informiert sind und dem man zutrauen kann, dass sie fähig sind zu wählen. Andere 16.-Jährige hingegen sind noch unzureichend oder einseitig informiert. Deshalb sollte das Wahlalter an die Volljährigkeit geknüpft sein.

Grüne:

Ganz knapp: JA!

Es ist wichtig, dass junge Menschen nicht übergangen werden, wenn es um die Wahlen ihrer Vertreter*innen geht. Daher sind wir nicht nur für ein Wahlalter ab 16 bei Kommunalwahlen, sondern bei allen Wahlen. In diesem Jahr ist die Situation allerdings ad absurdum geführt, denn auf europäischer Ebene dürfen Jugendliche mitwählen, aber wenn es um ihre Heimat geht nicht? Diese Diskrepanz muss unbedingt behoben werden, damit Jugendliche auf allen Ebenen Einfluss haben.

Die Linke:

Ja, die drei wichtigsten Gründe:

1. Die Menschen in Deutschland werden immer älter und dürfen natürlich auch wählen. Für uns ist es nur gerecht, wenn es eine „Altersgerechtigkeit“ gibt und Menschen gerade deshalb ab 16 für ihre Ziele wählen dürfen und in wichtige Entscheidungen mit einbezogen werden – auch bei anderen Wahlen! Denn Politik betrifft gerade junge Menschen, blickt man alleine auf die Klimakrise.
2. Auch Menschen ab 16 haben in der Gesellschaft Pflichten, wie zum Beispiel die, sich an Gesetze oder Verordnungen zu halten. Wir sind der Meinung: Wer Pflichten übernehmen muss, sollte auch Rechte bekommen. Da Politik im Rat auch junge Menschen ab 16 betrifft, sollten sie auch mitbestimmen, wer drinsitzt.
3. Der Jugendrat zeigt, dass politische Bildung bei Menschen ab 16 nicht geringer ist als bei so manchem Ratsmitglied mit 60 Jahren. Wir haben Vertrauen in die junge Generation!

Freie Wähler:

Für die FREIEN WÄHLER gehen grundsätzlich Volljährigkeit und Wahlrecht Hand in Hand. Nach unserer Auffassung dürfen Rechte und Pflichten nicht auseinanderdriften.

Umwelt und Klima

Welche Konsequenzen ergeben sich für Sie aus dem menschengemachten Klimawandel?



Welche konkreten Maßnahmen möchte Ihre Partei für den Umweltschutz und das Klima in Koblenz ergreifen?



Sollte Koblenz bis 2035 Klimaneutral werden?



Welche Konsequenzen ergeben sich für Sie aus dem menschengemachten Klimawandel?

AfD:

Wie wollen die Umwelt in Koblenz schützen. Das Weltklima können wir in Koblenz kaum beeinflussen.

SPD:

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden. In Rheinland-Pfalz soll dies sogar schon mindestens fünf Jahr früher so weit sein. Das bedeutet, dass auch in jeder Stadt und Gemeinde Klimaschutz betrieben werden muss. In Koblenz haben wir die Buslinien und die Radewege massiv ausgebaut, damit weniger Auto gefahren wird. Aber damit sind wir noch lange nicht fertig und machen damit auch in Zukunft noch weiter. Koblenz ist eine der ersten Städte überhaupt mit einem kommunalen Wärmeplan. Bis zum Sommer 2024 wissen wir, welchen Stadtteil man wie klimaneutral heizen kann. Das muss dann so schnell wie möglich umgesetzt werden - z.B. mit dem Bau eines Flusswärmekraftwerks. Die SPD hat sich in Koblenz immer stark für den Klimaschutz engagiert und wird auch in Zukunft bei jeder Entscheidung im Stadtrat darauf achten, was sie für das Klima bedeutet.

FDP:

Wir sehen den menschengemachten Klimawandel und bekennen uns zu den Klimaschutzzielen. Unser Anliegen ist es, einen effizienten Klimaschutz zu betreiben. Das heißt, dass Klimaschutz Chancen ermöglichen kann. Dies kann günstige Energie aus Wind und Sonne sein, aber auch neue Mobilitätsangebote in der Stadt. Die größte Chance für uns gibt die Digitalisierung. Viele Prozessschritte können vereinfacht und beschleunigt werden, was auch positive Auswirkungen auf das Klima hat, wie beispielsweise weniger Papier, weniger Fahrten von Versorgungsfahrzeugen, etc.

Die Partei:

Die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels sind so weitreichend und tiefgreifend, dass sie bereits auf der ganzen Welt die Lebensqualität für alle Lebewesen der Erde drastisch, vor allem negativ verändern. Politisches Handeln, das nicht berücksichtigt, wie es womöglich den Klimawandel beeinflusst, ist verantwortungslos. Die Aufgabe von Satire ist es, auf Probleme und Missstände hinzuweisen, für Transparenz und Aufmerksamkeit zu sorgen sowie Kritik zu üben. Als Satirepartei ergibt sich für uns somit die klare Aufgabe, jedes politische Handeln, welches den menschengemachten Klimawandel ignoriert, leugnet oder sogar verstärkt, zu benennen, seine Auswirkungen aufzuzeigen und es zu kritisieren. Während wir unser eigenes politisches Handeln, so klein unser realpolitischer Einfluss auch sein mag, stets darauf ausrichten, dem Klimawandel entgegenzuwirken und das Klima zu schützen.

CDU:

Wir streben gesunde Lebensverhältnisse an, die im Einklang mit unserer Umwelt stehen. Die Erreichung von Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ist für uns daher wichtig. Um den Herausforderungen des Klimawandels effektiv zu begegnen, planen wir, Wasser zur Gestaltung des städtischen Raums einzusetzen und dabei versiegelte sowie wenig genutzte Flächen in Grün- und Wasserflächen umzuwandeln. Besonders wichtig ist uns dabei aber auch der sorgsame Umgang mit Wasser. Zudem ist es uns ein Anliegen, die Belastung durch Abgase im Stadtgebiet zu reduzieren.

WGS:

Wir können als Stadtrat nur begrenzt Einfluss nehmen. Wir haben damals schon als Vorreiter den Antrag nach einem digitalen Rathaus gestellt. Weg vom Papier hin zum digitalen. Dies können wir noch viel mehr ausbauen. Jedoch muss auch vom Gesetzgeber (Landes- und Bundesregierungen) Möglichkeiten geschaffen werden, dass Kommunen noch unbürokratischer und umweltfreundlicher handeln können.

Grüne:

Für uns ist es ganz klar, dass wir den Klimaschutz als oberste Priorität unseres Handelns sehen müssen. Wenn wir unsere Stadt lebenswert erhalten wollen in den kommenden Jahren, dann geht das nur, wenn wir die Natur zurück in die Stadt holen, eine echte Mobilitätswende schaffen. Dazu müssen wir einige Flächen entsiegeln, neue Radwege einrichten und den ÖPNV stärken.

Freie Wähler:

Neben dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die Förderung der Biodiversität, der stärkeren Einbindung der jungen Generation in die umweltpolitische

Strategiefindung und einer effektiven Kreislaufwirtschaft beim Abfallmanagement sind vernünftige Klimaschutzkonzepte, die ökologische, soziale und ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigen, für die FREIE WÄHLER in Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei dezentrale Lösungen bei der Energiegewinnung. Praktische Maßnahmen wie die Entwicklung von Wasserstoff- und Fusionstechnik sowie der Forschung an und der Errichtung von intelligenten Speicherwerken müssen durch ein Anreizsystem für Industrie, Privatpersonen und Wissenschaft ergänzt werden. Von Verboten und Sanierungszwängen halten wir nichts – einer grünen „Ideologiediktatur“ erteilen wir eine Absage.

Die Linke:

Die logische Konsequenz muss für alle Parteien sein, dass Umweltschutz als wichtigstes Thema aufgelistet ist, wie wir das für unsere Partei zur Frage 2 in diesem Fragebogen sichtbar gemacht haben.

Welche konkreten Maßnahmen möchte Ihre Partei für den Umweltschutz und das Klima in Koblenz ergreifen?

WGS:

Wir verzichten jetzt im Wahlkampf auf die Plakatierung von Wahlplakaten und haben dazu auch einen Antrag im Stadtrat gestellt. Leider fanden wir kein Gehör. Wir halten die Plakatierung besonders in Zeiten von Social Media für nicht mehr zeitgemäß. Für uns ist das Plakatieren eine Art von Umweltverschmutzung und reine Geldverschwendung. Schön gefärbte Parolen und Bilder bedeuten nicht automatisch eine gute Kommunalpolitik. Wir verteilen lediglich einen Flyer als Wahlwerbung. Außerdem werden wir weiter das Thema „Otto-Bahn“ hochhalten und verfolgen. Die „Otto-Bahn“ ist ein Zukunftsprojekt, welches den Verkehr in der Stadt revolutionieren wird. Fast 100% Klimaneutral und umweltfreundlich. Verbraucht nur 2 KW pro 100 KM und somit 10-mal weniger Energie wie ein Elektroauto. Bringt „Grün“ in die Stadt und trägt somit zur besseren Luftqualität in der Stadt bei.

Die Linke

1. Ausbau und Verschärfung des „Klimanotstands“. Mit dem „Klimanotstand“ wurden bereits wichtige Ziele und Maßnahmen beschlossen, aber es werden zu viele Ausnahmen gemacht, z.B. doch kein Solar auf den Dächern gebaut. Wir wollen keine Ausnahmen mehr!
2. Stopp des Vorhabens ein Hilton-Hotel um den „Garten Herlet“ herum zu bauen.
3. Umsetzung unseres Antrags eines „Sozialtickets“, um weniger einzelne PKWs auf den Straßen zu haben.
4. Berücksichtigung von „Lebenszykluskosten“ bei allen Baumaßnahmen. Das bedeutet z.B. mehr Bäume zu pflanzen statt Sträucher, auch wenn das jetzt teurer ist. Aber auf den „Lebenszyklus“ betrachtet, lohnen sich Bäume viel mehr.
5. Einführung einer Bettenabgabe: Nach Koblenz kommen immer mehr Tourist*innen. Das ist gut, aber sie verursachen auch Müll, die Schiffe z.B. zusätzliche Absage. Wir möchten, dass am Hotel eine kleine Abgabe gezahlt wird, damit wir mehr Geld für Umweltschutz und soziale Projekt haben.
6. Viele weitere Maßnahmen, schaut gerne in unser Wahlprogramm rein.

Freie Wähler:

Die Integration von Photovoltaik-Anlagen auf staatlichen Gebäuden ist ein wichtiger Schritt hin zu einer klimaneutralen Zukunft. Als größter kommunaler Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz und als aktive Stadträtin für die Freien Wähler Koblenz sehe ich hier dringenden Handlungsbedarf. Es ist unerlässlich, dass der Staat, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, eine Vorreiterrolle einnimmt und die Nutzung erneuerbarer Energien konsequent vorantreibt.

Die Ergebnisse der kleinen Anfrage der FREIEN WÄHLER im Landtag sind beunruhigend und unterstreichen die Dringlichkeit, PV-Anlagen verstärkt auf staatlichen Gebäuden zu installieren. Gerade in Koblenz besteht ein beträchtlicher Nachholbedarf, um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und gleichzeitig den Weg für eine nachhaltige Energieversorgung zu ebnen.

Des Weiteren ist der Wald für Koblenz nicht nur ein Naturraum, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Als kommunaler Waldbesitzer ist es unsere Verantwortung, den Wald wieder zurück zu seinen Wurzeln zu führen und eine nachhaltige, wirtschaftliche Forstwirtschaft zu betreiben. Durch eine langfristig angelegte Strategie können wir sicherstellen, dass der Wald nicht nur als Erholungsraum, sondern auch als Lieferant von Holz und anderen Ressourcen erhalten bleibt.

Aber auch „kleine“ Themen werden von uns durch folgende Anträge bearbeitet:

- Dreck-weg-Tag erweitern
- H2-Tankstele erhalten
- 1000 Nistkästen
- Reerdigung

SPD:

Wir wollen, dass die Buslinien weiter ausgebaut werden und man überall gefahrlos mit dem Fahrrad hinfahren kann. Wir rüsten unsere Busflotte auf klimaneutral erzeugtes Biogas um. Wir schützen unseren größten „Klimaretter“, unseren Stadtwald, durch zukunftsgerichteten Waldumbau und Neupflanzungen. Wir schützen die Innenstadt vor Überhitzung durch Baumpflanzungen und anderen Schattenspenden sowie Trinkwassermöglichkeiten. Wir bauen klimaneutrale Kraftwerke (Fluss- und Erdwärme, Biogas) sowie Energiespeicher. Wir statten alle öffentlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen aus. Wir planen eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Wir fordern die Gastronomie auf, nur noch Mehrwegverpackungen zu nutzen und bieten bei eigenen Veranstaltungen nur noch Mehrweg-Geschirr an. Wir digitalisieren alle Schulen und unsere Verwaltung und sorgen auch damit dafür, dass der Ressourcenverbrauch sinkt.

CDU:

Ein preiswerter und effektiver Energiemix, bestehend aus Solarenergie, Nah- und Fernwärme, Biomasseheizungen, Wärmepumpen, Abwärme aus Abwasser, Flusswärmepumpen und Geothermie, ist für den Klimaschutz von zentraler Bedeutung. Wir legen großen Wert auf die Offenheit gegenüber verschiedenen Technologien und streben eine dezentrale Energieversorgung an. Zudem ist es unser Ziel, eine regionale Energie-Kooperation zu fördern, um eine flächendeckende Energieerzeugung sicherzustellen, die nicht nur der Industrie, sondern der gesamten Stadtgemeinschaft Vorteile bringt.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, das Stadtgebiet an das Wasserstoff-Kernnetz anzuschließen, um insbesondere Industriebetrieben den Zugang zu diesem modernen Energieträger zu ermöglichen. Unser 500-Dächer-Programm, das die Nutzung von Solarenergie unterstützt, soll nicht nur fortgesetzt, sondern auch ausgebaut und auf die Einbeziehung von Balkonkraftwerken erweitert werden. Es sollte selbstverständlich sein, Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden zu installieren und nachzurüsten, sofern dies technisch und wirtschaftlich vertretbar ist. Unseren Wald wollen zudem wir als ökologischen Schatz, Freizeit- und Erholungsort sowie als Lieferanten für nachhaltige Wirtschaftsgüter erhalten und sichern. Gemeinsam mit Forst- und Jagdwirtschaft sowie anerkannten Naturschutzverbänden werden wir an der klimafesten Zukunft unseres Waldes arbeiten.

Grüne:

- Installierung von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden und über versiegelten Flächen
- Flächenentsiegelung und Begrünung
- Kommunale Wärmeplanung umsetzen
- Erstellung eines Biodiversitätskonzept

Die Partei

Erhebung einer städtischen Steuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken, die zum sofortigen Verzehr verkauft werden (#FCKMcDNLDS), Ausbau des Seilbahn-Netzes und dessen Einbindung in den ÖPNV (Seilbahnbusse), Radwege/Fahrradstraßen & Fußgängerzonen ausweiten sowie mehr Tempo 30-Zonen einführen (Projekt „Hexenjagd auf den Autofahrer!11“).

FDP:

Wir sehen, dass viele gravierende Maßnahmen auf Bundesebene getroffen werden. Jedoch gibt es auch in Koblenz viel kleine Dinge zu tun, die große Wirkung erzielen können. So setzen wir uns für einen sicheren Radweg nach Lay und für die Entsiegelung der Schulhöfe ein.

Gleichzeitig sehen wir, dass wir der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende in der Gestaltung der Stadt Rechnung tragen müssen. Häufig scheitern Projekte an langen Genehmigungsverfahren und Beratungsschleifen ohne Ergebnis. Dies wollen wir beschleunigen. Es kann nicht sein, dass wichtige Investitionen nicht getätigt werden, weil der Genehmigungsprozess sich über Jahre zieht.

AfD:

Die AfD Koblenz forderte bereits 2019 im Stadtrat „Tausend und einen Baum für Koblenz.“.

Sollte Koblenz bis 2035 Klimaneutral werden?

Grüne:

Wir stimmen völlig zu!

Der Schutz des Klimas ist Voraussetzung für das Überleben der Menschheit. Starkwetterereignisse und extreme Temperaturen lassen uns schon heute die Folgen des menschengemachten Klimawandels deutlich spüren. Koblenz und das Obere Mittelrheintal sind besonders stark vom Klimawandel betroffen. Daher müssen wir unsere Bemühungen dahingehend ausrichten diese Entwicklungen abzuschwächen.

FDP:

Wir stimmen eher nicht zu.

Wir würden uns freuen, wenn wir eher früher als später klimaneutral werden. Am liebsten heute schon. Wir müssen aber die Realität anerkennen. Ca. 90% der Koblenzer heizen noch mit Gas und Öl. Die allermeisten Koblenzer haben ein Auto, dass mit Diesel oder Benzin fährt. Diese Tatsachen können wir nicht ignorieren. Die Mittel auf Stadtebene, dies zu ändern sind gering. Der Stadt steht es nicht zu, Heizungen zu verbieten oder Autos zu beschlagnahmen. Daher muss der Wandel sozial verträglich Schritt für Schritt erfolgen. Die Bundesregierung hat das Ziel 2045 klimaneutral zu sein. Diesem Ziel schließen wir uns an, wollen es natürlich schneller erreichen. Damit das Ziel erreicht werden kann, wurden bereits auf Bundesebene entsprechende Gesetze beschlossen, die Koblenz alleine nicht beschließen darf.

SPD:

Wir stimmen eher zu.

Wir stimmen zu, dass Koblenz bis 2035 klimaneutral werden SOLLTE – aber das ist vermutlich nicht zu schaffen. Für die oben genannten Maßnahmen benötigen wir vermutlich etwas mehr als 11 Jahre. Aber wir sollten deshalb das Ziel nicht aus den Augen verlieren, und die Klimaneutralität so früh wie irgend möglich anstreben!

Die Partei:

Wir Stimmen völlig zu!

“Auch Kleinvieh macht Mist.“ Um den Klimawandel aufzuhalten oder wenigstens auszubremsen, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden. Außerdem machen sich die positiven Auswirkungen vieler Maßnahmen auch in Koblenz selbst spürbar.

WGS:

Wir sehen das Neutral:

Wir sollten aufhören uns immer wieder durch irgendwelche Jahreszahlen, selbst immerwieder unter Druck zu setzen und somit ggf. immer wieder falsche Entscheidungen zu treffen, weil man ja bis dahin das oder jenes erreichen will. Wir sollten offen für alle Möglichkeiten sein, aber keine Schnellschüsse aus der Hüfte machen, nur weil wir ein Ziel in einem Jahr erreichen wollen. Viele Umstände können sich ändern und andere Handlungsweisen als bessere dastehen lassen. Wir wollen konkrete, erreichbare Ziele bis zum Ende der Wahlperiode des zu wählenden Stadtrates verabschieden – keine leeren Versprechungen.

CDU:

Wir stimmen eher zu.

**Die Begründung hierzu findet sich in unseren vorherigen Antworten zum Thema Klima.*

AfD:

Wir stimmen eher nicht zu.

Wir wollen beides verbinden: Naturschutz mit einer Förderung des wirtschaftlichen Standortes Koblenz. Koblenz muss ein wirtschaftlich erfolgreiches und dynamisches Oberzentrum bleiben.

Freie Wähler:

Wir stimmen völlig zu!

Eine gute Klima- und Umweltpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in Koblenz orientiert, ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Lebensqualität in unserer Stadt auch in Zukunft erhalten bleibt. Wir sind davon überzeugt, dass ein ausgewogener Ansatz notwendig ist, der sowohl ökologische als auch soziale Aspekte berücksichtigt.

Die Linke:

Wir stimmen völlig zu!

Unser Planet ist die Grundlage unserer Existenz, Klimaneutralität ist daher eine politische Aufgabe, die wir nur gemeinsam angehen können. Wir haben heute schon alle Technologien für eine klimaneutrale Welt, doch wir nutzen sie nicht konsequent. Es ist wichtig aktiv vor Ort zu handeln, z.B. keine Ausnahmen bei ökologischen Standards bei Ausschreibeverfahren der Stadt zu machen. Wichtig sind uns gesellschaftskritische und soziale Sichtweisen: 1) „system change, not climate change“: Wir können nicht immer mehr produzieren, weiter unsere Ressourcen ausbeuten und diese auch noch ungleich verteilen. Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem mit nachhaltiger Produktion, festen ethischen Werten und guten Löhnen für alle. 2) Klimaneutralität darf kein Privileg sein! Jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, muss ein Anrecht auf einen neutralen Klimaabdruck haben. Wir wollen Umverteilung! Besonders gefährlich sind rechtsextreme Kräfte, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Anderen Parteien gehen die bestehenden Maßnahmen bereits zu weit. Daher müssen wir mehr auf Wissenschaft und Forschung hören.

Mobilität

Was tun Sie für die Sicherheit von Koblenzer Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr?



Welche Ideen hat Ihre Partei den ÖPNV für Kinder und Jugendliche zugänglicher zu machen?



Stimmen Sie der Aussage zu, dass der Koblenzer Radverkehr gegenüber dem Autoverkehr bevorzugt und das Radwegenetz ausgebaut werden sollte?



Was tun Sie für die Sicherheit von Koblenzer Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr?

CDU:

Das Ziel ist es, Mobilität in der Stadt für die Menschen und mit den Menschen zu gestalten – nicht gegen sie. Wir setzen uns für ein faires Miteinander und eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmenden ein. Kinder, Jugendliche und Senioren sollen im Verkehr dabei besonders geschützt werden. Deshalb fördern wir geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in Wohngebieten. Wir planen, das Netz an Radwegen und sichere Radabstellanlagen weiter auszubauen. Schnelle Radfahrer benötigen schnelle Radwege – diese sollten jedoch nicht die Fußwege sein.

Grüne:

Wir werden uns dafür einsetzen den Verkehrsraum gerechter aufzuteilen und somit mehr Platz für Fuß- und Radverkehr zu schaffen. Wir werden das Radwegenetz ausbauen und neue Fahrradstraßen anstoßen um sicheres Radfahren in der Stadt zu ermöglichen.

Die Partei:

„Den Kindern ein Vorbild: Nur bei Grün!“

AfD:

Verkehrsunterricht im Unterricht muss ernst genommen werden.
Lastenräder mit Kleinkindern halten wir nicht für besonders verkehrssicher.
Wir wollen die Busfrequenz als sicheres Transportmittel für Jugendliche (auch abends) erhöhen.

Freie Wähler:

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr hat für uns eine Hohe Priorität. Wir setzen uns für sicher Schulwege ein. Zum Beispiel durch „Gelbe Füße“ oder bessere Beleuchtung. Ein weiteres Thema sind die teilweise chaotischen Zustände vor Kitas und Schulen durch Elterntaxis. Hier muss insbesondere bei Neuplanungen auf sichere Verkehrskonzepte geachtet werden.

WGS:

Wir nehmen uns sehr gerne den guten Vorschlägen der Jugendlichen an und versuchen diese umzusetzen, sofern der rechtliche Rahmen es zulässt. Natürlich sollten vor Kitas und Schulen 30er Zonen sein und auch für die Helikopter Eltern müssen bessere Lösungen gefunden werden. Es kann unserer Ansicht nach nicht sein, dass zahlreiche Kinder durch Eltern gefährdet werden, die ihre Kinder vor die Schultür fahren müssen. Hier müssen bessere Lösungen her.

FDP:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler sicher und schnell zur Schule kommen. Dafür müssen Kommunen bedarfsgerechte Kapazitäten im ÖPNV sicherstellen, um möglichst allen Mitfahrenden einen Sitzplatz bieten zu können. Es ist wünschenswert, die Schülerbeförderung in die ÖPNV-Konzepte vor Ort zu integrieren, um Effizienzsteigerungen bei Personal, Fahrzeugen und Finanzierung zu erzielen. Grundsätzlich setzen wir uns für mehr gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer ein.

SPD:

Wir erhöhen die Taktung und Anzahl der Buslinien und bauen die Radwege massiv aus.

Die Linke:

Unser langfristiges Ziel ist, dass die Koblenzer Innenstadt autofrei wird, dazu orientieren wir uns an dem „Verkehrswende-Plan“, der von Koblenzer NGOs erarbeitet wurde. Eine autofreie Innenstadt bietet mehr Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns für Tempo-30-Zonen ein, für breite Gehwege, mehr Zebrastreifen, insbesondere vor Kitas, Schulen usw. und mehr Fahrradwege. Wir setzen uns für die Projekte ein „fahrradfreundliche Schulen“ und „Fahrradbusse“ ein: Erwachsene begleiten Kinder auf ihren Fahrrädern geschützt zur Schule. Kindern aus armen Familien müssen Fahrräder finanziert werden, damit sie nicht ausgeschlossen werden. Sicherheit beginnt mit einem souveränen Umgang mit dem Verkehr: Verkehrskompetenz muss schon in der Kita vermittelt werden. Außerdem darf nicht mehr der Autoverkehr im Fokus des politischen Handelns stehen, sondern ein Verbund aus Fußverkehr, Fahrrad und ÖPNV, denn so wird auch das Klima geschützt.

Welche Ideen hat Ihre Partei den ÖPNV für Kinder und Jugendliche zugänglicher zu machen?

Grüne:

Wir setzen uns dafür ein, dass Schüler*innen ein deutschlandweites 1-Euro-Ticket pro Tag erhalten. Ebenfalls wollen wir an den Bushaltestellen flächendeckend zeitaktuelle Anzeigetafeln vorantreiben.

SPD:

Der ÖPNV ist durch das 49-Euro-Ticket schon sehr günstig geworden. Auch die Preise der Einzelfahrscheine sind gesunken. Weitere massive Vergünstigungen sind realistischerweise erstmal nicht möglich, wenn die Qualität weiter erhöht zunehmen soll.

FDP:

Gerade für junge Menschen bedeutet Mobilität Freiheit. Deshalb fordern wir ein kostenloses Deutschlandticket für jede Schülerin und jeden Schüler, Studierende sowie Auszubildende. Dies bedeutet für Kommunen keine schwerwiegende finanzielle Mehrbelastung, für Schülerinnen und Schüler aber einen enormen Anstieg der Lebensqualität. Freiheit darf nicht am Geldbeutel junger Menschen scheitern. Auf Landesebene werden wir uns für ein kostenloses Deutschlandticket für Studierende, anstelle des Semestertickets einsetzen.

Auch setzen wir auf Digitalisierung und intelligente Datennutzung für einen besseren Verkehrsfluss und um das Potenzial des ÖPNV zu heben. Zum Beispiel kann künstliche Intelligenz (KI) Fahrpläne steuern, um die Fahrzeiten gezielter an den eigentlichen Auslastungen zu orientieren und unnötige Leerfahrten zu minimieren. Dadurch gesparte Ressourcen können zur sinnvollen Erweiterung des Fahrnetzes eingesetzt werden. Ebenso um insbesondere zu Stoßzeiten den Minutentakt der Fahrten zu erhöhen.

AfD:

Der ÖPNV ist für Jugendliche zugänglich.

Die Linke:

Äußere Stadtteile und angrenzende Verbandsgemeinden müssen besser erreichbar sein und Busse viel öfter fahren. Auch die Seilbahn sowie Flussbusse müssen in das ÖPNV-Netz aufgenommen werden. Viele Beschilderungen an Bushaltestellen sind miserabel und müssen verbessert werden. Wir brauchen eine digitale Anzeige realer Ankunftszeiten und Bushaltestellen müssen viel attraktiver gestaltet werden (Schutz vor Wind und Wetter sowie WLAN-Zugang). Das „Wabensystem“ ist unfair und muss weg. Unsere Fraktion konnte ein „Sozialticket“ durchsetzen, mit dem der ÖPNV für viele günstiger wird. Langfristig ist unser Ziel, dass der gesamte ÖPNV kostenfrei wird, beginnend für Kinder und Jugendliche. Der Umgang von Busfahrer*innen mit Kindern und Jugendlichen muss sich verbessern. Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden: anschreien, maßregeln usw. ist nicht akzeptabel! Das ÖPNV-Personal muss im Umgang mit Kindern und Jugendlichen geschult werden, gleichzeitig müssen alle ÖPNV-Mitarbeiter*innen die Möglichkeit haben, z.B. eine Notrufnummer wählen zu können bei besonders überfordernden (sozialen) Situationen.

WGS:

Siehe „Otto-Bahn“

Die Partei

Bildschirme und integrierte Spielekonsolen auf den Rückseiten der Bussitze. Ein Automat für Süßigkeiten, Energydrinks und JoJos, die so Sound- und Lichteffekten haben, in jedem Bus. Eine städtische Werbekampagne in den sozialen Medien (TicTac), wo der Oberbürgermeister die Kids direkt anspricht und ihnen erklärt, dass der ÖPNV total abgefahren und wild ist.

CDU:

Unser Ziel ist es, einen einfach zu nutzenden öffentlichen Nahverkehr zu etablieren, der mit attraktiven Preisen für jeden zugänglich ist. Wir planen, das Netz der Buslinien auszubauen und die Abstimmung der Linien weiter zu verbessern. Zudem streben wir an, Bus-Haltestellen auch in den Stadtteilen weiter zu modernisieren und die Informationen überall zu digitalisieren. Zudem gilt es die Schienenhaltepunkte in Koblenz auszuweiten und sinnvoll in das ÖPNV-Netz der Region zu integrieren

Freie Wähler:

Der ÖPNV muss in Koblenz attraktiv gestaltet werden. Darum ist es ein richtiger Schritt den ÖPNV in Koblenz zu re-kommunalisieren und in attraktives Angebot mit der "koveb" geschaffen zu haben. FREIE WÄHLER sehen trotz hoher Defizite hierin einen Mehrwert für die Bürger. Gleichwohl muss die Landesregierung die Finanzierung des ÖPNV stärker finanziell unterstützen. Erst dann können wir neue Ideen für Kinder und Jugendliche einbringen.

Stimmen Sie der Aussage zu, dass der Koblenzer Radverkehr gegenüber dem Autoverkehr bevorzugt und das Radwegenetz ausgebaut werden sollte?

Die Linke:

Wie oben bereits beschrieben, stimmen wir dem völlig zu!

WGS:

Nein, wir stimmen dieser Aussage überhaupt nicht zu, weil wir dieses Auspielen der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer untereinander NICHT dulden.

Es wird seit Jahren das Auto verflucht und nur der „heilige“ Radfahrer hochgehalten. Das es aber auch bei den Radfahrern „Idioten“ gibt, die sich an nichts halten und die durch ihr Verhalten z.B. Fußgänger gefährden usw. wird ausgeblendet.

Wir sollten endlich lernen, dass alle Verkehrsteilnehmer, vom Fußgänger, über Radfahrer bis hin zum PKW oder LKW Fahrer, die gleiche Berechtigung haben, den öffentlichen Verkehrsraum zu nutzen. Wir sollten endlich mal lernen RÜCKSICHT (§1 STVO) zu nehmen und nicht immer nur an uns selbst zu denken.

Dies ist eine grundsätzliche Sache, die bekommen wir nicht damit hin, in dem wir noch 500 km Radwege in Koblenz bauen, sondern hier müssen wir mit Konzepten ein entsprechendes Umdenken fördern.

Grüne:

Wir stimmen dem völlig zu! Der Radverkehr spielt eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Mobilitätswende. Um Berufstätigen, Schüler*innen und Student*innen den Umstieg aufs Rad zu ermöglichen wollen wir das Radwegenetz verbessern, mehr Fahrradstraßen anstoßen und zudem eine digitale Karte des Radwegenetzes in der Koblenz App visualisieren.

CDU:

Neutral. Der Ausbau des Radwegenetzes in Koblenz sowie eine verbesserte Anbindung an die Radwege der umliegenden Landkreise ist ein wichtiges Vorhaben. Koblenz kann und will aber nicht auf das Auto verzichten. Es ist notwendig, das Auto, den öffentlichen Nahverkehr und den Radwegeausbau als gleichwertige Bestandteile des Verkehrssystems zu betrachten. Um die Verkehrsbelastung in der Innenstadt zu reduzieren, müssen attraktive Verkehrsangebote für die zahlreichen Einpendler geschaffen werden. Das Kraftfahrzeug bleibt für viele sowohl im geschäftlichen als auch im privaten Alltag unverzichtbar. Car-Sharing-Plätze können insbesondere in städtischen Quartieren zur Entlastung beitragen

AfD:

Wir sehen das neutral. Den Straßenraum teilen sich Autos, Busse, Fahrräder und Fußgänger. Wir stehen für ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer. Koblenz als Oberzentrum wird von vielen Menschen aus dem Umland (Westerwald, Hunsrück, Eifel, Taunus) aus beruflichen oder privaten Gründen besucht. Diese Personen können häufig nur mit dem Auto anreisen. Eine Bevorzugung des Radverkehrs ist aus diesem Grund nicht sinnvoll. Viele Menschen fahren nur in einigen Monaten im Jahr Rad und lassen das Rad in den Wintermonaten stehen.

Freie Wähler

Wir sehen das neutral. Die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer ist ein zentraler Aspekt einer modernen und nachhaltigen Verkehrspolitik. Die FREIEN WÄHLER Koblenz setzen sich mit Nachdruck dafür ein, dass Fußgänger, Fahrradfahrer, Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und individuell motorisierte Verkehrsteilnehmer gleichermaßen sicher und komfortabel in Koblenz unterwegs sein können.

Insbesondere im Hinblick auf den Radverkehr besteht Handlungsbedarf. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Entwicklung des Radwegenetzes in Koblenz nicht im gleichen Maße stattgefunden wie bei anderen Verkehrsträgern. Es ist daher unerlässlich, dass wir prioritär an der Verbesserung und dem Ausbau des Radwegenetzes arbeiten, um die Sicherheit und Attraktivität für Radfahrer zu erhöhen.

Koblenz hat bereits wichtige Schritte unternommen, um den Radverkehr zu verbessern. Jedoch müssen wir sicherstellen, dass die vorhandenen Radwege mit den vorgegebenen Straßen in Einklang gebracht werden und dass das Radkonzept der Stadt regelmäßig überprüft und aktualisiert wird. Dort, wo bereits Radwege vorhanden sind, müssen wir für Klarheit sorgen und Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Die Partei:

Das Fahrrad kann das Auto nicht pauschal ersetzen. Aber dass es zu viele Autos in Koblenz gibt und diese zu viel öffentlichen Raum beanspruchen, sieht eine breite Mehrheit der Bevölkerung so, wie sich dem aktuellen Koblenzer Bürgerpanel 2023 zum Leben in Koblenz entnehmen lässt. Bei der Stadtentwicklung ist seit fast 100 Jahren der Autoverkehr im Fokus gewesen. Dies behindert nicht nur umwelt- und klimafreundlichere Mobilitätsalternativen, sondern mindert auch die Lebensqualität vieler Menschen im Alltag. Deswegen müssen die bisherigen Privilegien des motorisierten Individualverkehrs reduziert und andere Mobilitätskonzepte gefördert werden. Zum Beispiel das menschliche Rohrpostsystem.

SPD:

Das Radwegenetz wird gerade massiv ausgebaut. Es gibt einen Radverkehrsplan, nach dem bis zum Jahr 2027 flächendeckend Radwege gebaut werden. Dafür wird auch die Zahl der Parkplätze verringert. Aber wir haben in Koblenz auch viele Menschen, die auf das Auto angewiesen sind – weil sie vielleicht an einem Ort arbeiten, den man noch nicht mit Fahrrad oder ÖPNV erreichen kann oder eine Behinderung haben. Wir wollen daher, dass man mit allen Verkehrsmitteln (ÖPNV, Fahrrad und (Elektro-)Auto) gut und sicher vorankommt. Dass die Zahl der Autos in der Innenstadt verringert werden muss, ist dabei klar.

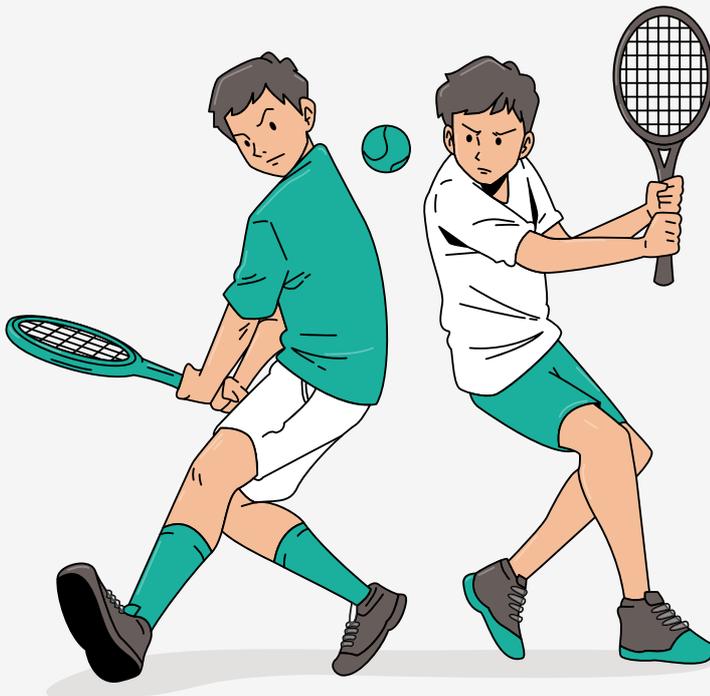
FDP:

Die Erhöhung der Sicherheit von Radfahrenden, sowie die Steigerung des Komforts ist uns ein wichtiges Anliegen. Ohne die berechtigten Interessen anderer Verkehrsteilnehmer aus den Augen zu verlieren, setzen wir uns grundsätzlich und insbesondere bei Neubau und Sanierung von Straßen sowie bei erhöhter Gefährdungslage für den Ausbau von Radwegen und die Radfahrenden ein.

Mehr für Verbesserungen der Mobilität des Einzelnen zu tun bedeutet für uns nicht Verkehrswende. Wer wendet fährt zurück. Wir können mehr als nur Radverkehr. Den Verkehrsmix anerkennend spricht sich die FDP für mehr gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer zu Fuß, zu Rad und im Auto aus. Der Verkehrsfluss muss verbessert werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Auto nicht aus dem Stadtbild verschwinden kann und mit Blick auf die Zulassungszahlen nicht wird. Zu groß ist seine Bedeutung für ein Ober- und Pendlerzentrum. Neben Verbesserungen für das Radfahren ist für die FDP die Schaffung von wirklichen Mobilitätshubs und Quartiersparkhäusern sowie die Erreichbarkeit per Bahn wichtig. Lassen wir weiter den Einzelnen entscheiden, wie er sich fortbewegen will. Welches Mittel für ihn am besten passt zu welcher Zeit und Situation.

Freizeitmöglichkeiten

In vielen Stadtteilen von Koblenz gibt es noch zu wenig Freizeitflächen und Jugendhäuser. Wie möchten Sie das in Zukunft ändern? Gibt es schon Ideen?



In vielen Stadtteilen von Koblenz gibt es noch zu wenig Freizeitflächen und Jugendhäuser. Wie möchten Sie das in Zukunft ändern?

Grüne:

Wir setzen uns für die Einrichtung neuer Jugendräume, aber auch anderer dezentraler Angebote für Kinder- und Jugendliche in den Stadtteilen ein. Diese müssen gut zu Fuß vor Ort erreichbar sein und sollen demokratiefördernde Orte sein, an denen sich die Jugendlichen frei entfalten können. Bei der Priorisierung orientieren wir uns an der Bedarfsanalyse der Stadt.

SPD:

Wir möchten, dass es in jedem Stadtteil einen Jugendraum gibt. Leider ist es oft nicht ganz einfach, einen geeigneten Raum und einen Träger zu finden. Aber wir kommen hier Stück für Stück voran! Auch die Zahl der Spielflächen wird immer weiter erhöht – zuletzt mit der Skateranlage auf der rechten Rheinseite. Auch hierbei machen wir mit Volldampf weiter!

WGS:

Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Karthause. Dort hatte sich in den 90er Jahren ein Förderverein „Jugendarbeit auf der Karthause“ gegründet, der das Ziel hatte ein Jugendzentrum zu errichten. Heute haben wir das JuBüZ auf der Karthause stehen. Und dies, weil die damals handelnden politischen Personen dem Verein vollste Unterstützung gegeben haben, auch wenn es manchmal gegen die Mühlen der Verwaltung ging. Und genau dies ist unsere Einstellung. Wir wollen den ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen vollste Rückendeckung geben, damit sie in ihren Stadtteilen noch mehr für Kinder und Jugendliche schaffen können.

AfD:

Wir sind für eine stärkere Förderung der Sportvereine.

CDU:

Wir setzen uns dafür ein, noch mehr Spiel- und Bolzplätze zu schaffen, die nicht nur zahlreicher, sondern auch attraktiv, kindgerecht und modern gestaltet sind. Es ist unser Ziel, vorhandene Spielplätze gleichmäßig auszustatten, zu optimieren und aufzuwerten; beispielsweise sollte in jedem Stadtteil mindestens eine Babyschaukel vorhanden sein, was vor allem viele junge Familien begrüßen würden. Weiterhin streben wir danach, die offene und mobile Jugendarbeit weiterzuentwickeln und in jedem Stadtteil Jugendräume zu schaffen und zu etablieren.

FDP:

In Kopenhagen, München und vielen weiteren Städten, die mit knappen Flächen und zu geringem Flächenpotential und Interessenkonkurrenzen beschäftigt sind, hat man Lösungen gefunden für Sport und Freizeit auf Dachflächen. Beispielfhaft sei hier auf das erfolgreich umgesetzte Projekt „Bellevue die Monaco“ in München hingewiesen. Die FDP fordert den Ausbau bestehender Jugendfreizeiteinrichtungen als integraler Bestandteil nachhaltiger Jugendarbeit. Es braucht mehr Jugendräume in allen Stadtteilen.

Wir setzen uns für die Ausweitung und Erweiterung bestehender Sportflächen in den Stadtteilen ein. Sport ist ein essenzieller Bestandteil von gesellschaftlicher Teilhabe und Integration. In Zukunft sollen bei der Planung von neuen Wohngebieten immer auch Räume für sportliche Aktivitäten bereitgehalten werden. Die FDP will auch, dass Vereine über moderne und funktionierende Sportstätten verfügen. Wir möchten sanierungsbedürftige Sportstätten fit für die Zukunft machen und somit einen angemessenen Vereins- und Schulsport ermöglichen. Dafür sollten bestimmte Zeiten für den Unterricht geblockt werden. Außerhalb dieser Zeiten müssen diese Felder Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Diese Möglichkeit und die dazugehörigen Zeiträume müssen leicht digital zu finden sein. Dadurch wollen wir mehr die Jugend für sportliche Aktivitäten begeistern und sportliche Begegnungsstätten etablieren.

Freie Wähler:

Wir streben an, dass zukünftig Neubauten von Schulen und Kitas auch gleich Möglichkeiten für die Gemeinschaft schaffen in Form von Bürgerhäusern als Treffpunkt im Mittelpunkt des Stadtteils. Hier könnten Räume geschaffen werden, die auch für Jugendliche bereitgestellt werden müssen. Der Jugendraum plus ist ein wichtiges Projekt für Neuendorf und wird für die Kinder- und Jugendlichen ein guter Ort werden.

Die Partei:

Da oftmals gar keine entsprechenden Flächen in den Stadtteilen zur Verfügung stehen, ist es schwierig dort Freizeitflächen und Jugendhäuser zu realisieren. Andererseits herrscht angeblich in der Innenstadt in mehreren Einzelhandelsräumlichkeiten Leerstand, z.B. im Forum Mittelrhein. Darum wollen wir, dass die Stadtverwaltung leerstehende Räumlichkeiten dort anmietet oder erwirbt und dort ansprechende Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen schafft bzw. Räumlichkeiten bereitstellt, welche von den Jugendlichen dann selbst gestaltet werden können oder bei deren Gestaltung ihnen priorisiertes Mitsprache- und Entscheidungsrecht zugestanden wird (siehe unsere obigen Ausführungen zum Thema Mitgestaltung). Vergünstigte oder sogar kostenfreie Fahrten mit dem städtischen ÖPNV, der die jungen Menschen aus den Stadtteilen zu den dann innenstädtischen Freizeitmöglichkeiten und wieder zurück transportiert, würden den ÖPNV wiederum für Kinder und Jugendliche zugänglicher machen (siehe unsere obigen Ausführungen zum Thema Mobilität).

Die Linke

Kinder und Jugendliche müssen bei den Entscheidungen und Gestaltungen von Freizeitflächen und Jugendhäusern von Anfang dabei sein und mitbestimmen: Dies kann im Jugendrat, aber auch in Schulen sowie außerschulischen und offenen Jugendtreffs organisiert werden. Insgesamt ist es uns wichtig, dass wir mehr offene Jugendhäuser für Kinder und Jugendliche haben, in denen sie frei agieren können und dennoch Ansprechpartner*innen haben. Eine Vernetzung mit Freizeitflächen, Beratungsstellen, Bibliotheken usw., die nah am Lebensumfeld sind, ist uns wichtig: Das Konzept „Soziale Stadt Koblenz-Neuendorf“ könnte in vielen anderen Stadtteilen umgesetzt werden. Insbesondere Kinder in schwierigen familiären Situationen oder Kinder, die auf der Straße leben, sollten so ein Netzwerk schnell nutzen können, um unkompliziert Hilfe zu bekommen. Zudem befürworten wir den Ausbau von Schulen zu „Familienzentren“, wo verschiedene Generationen sich begegnen können (siehe mehr bei Antworten zum Themenfeld „Migration/Integration“).

Migration und Integration

Wie erleben Sie aktuell die Integration von Zugewanderten in Koblenz, welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie?

Wie möchten Sie die Integration weiter fördern?



Wie erleben Sie aktuell die Integration von Zugewanderten in Koblenz, welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie?

FDP:

Die FDP setzt sich für eine gelungene Integration von Zugewanderten in Koblenz ein. Wir sehen die Vielfalt als Bereicherung und Chance für unsere weltoffene Stadt. Es ist wichtig, dass Zugewanderte schnell Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Netzwerken erhalten, um sich gut in die Gesellschaft integrieren zu können. Gleichzeitig müssen wir auch die Herausforderungen im Blick behalten, wie beispielsweise Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und Diskriminierung. Wichtig ist, dass die willkommen geheißenen Menschen auch aus eigenem Antrieb zum Gelingen der Integration beitragen.

CDU:

Migration stellt auch für die Stadt Koblenz eine der großen Herausforderungen dar. Die Kapazitäten zur Unterbringung von Menschen, die zu uns flüchten, sind erschöpft. Ebenso stoßen die Angebote unserer Bildungseinrichtungen und der Sprachförderung an ihre Grenzen. Daher sind Maßnahmen des Bundes zur Steuerung, Ordnung und insbesondere zur Begrenzung irregulärer Migration dringend erforderlich. Vonseiten des Landes Rheinland-Pfalz sollten den Kommunen nur noch Personen zugewiesen werden, die eine langfristige Bleibeperspektive haben. Eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft ist nur mit bewältigbaren Migrationszahlen möglich.

Klar ist: Wer in unserem Land Asyl sucht und erhält, hat Anspruch auf einen angemessenen Aufenthalt. Zugleich muss jede Person, die hier dauerhaft leben möchte, die Bereitschaft zeigen, sich zu integrieren und die Regeln unserer Gesellschaft anzuerkennen. Integration erfordert eine ganzheitliche Herangehensweise der Gesellschaft, bei der sprachliche, berufliche und soziale Aspekte gleichwertig berücksichtigt werden. Denn Sprache und Arbeit sind die Schlüssel für die erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft.

Wir wollen, dass Migranten ihre Fachkenntnisse einbringen können, auch durch die Gründung und Entwicklung eigener Ideen und Unternehmen in Koblenz. Zudem setzen wir uns für die Einbürgerung von integrationswilligen Migranten ein, die gut in unsere Gesellschaft integriert sind, um die Bindung an unsere Gemeinschaft zu stärken. Das ehrenamtliche Engagement von Migranten soll gefördert werden, sei es in Vereinen, in politischen oder in sozialen Projekten.

SPD:

Koblenz ist eine weltoffene Stadt. Geflüchtete aufzunehmen, die in ihrem Heimatland aufgrund von Krieg und politischer Verfolgung nicht mehr leben können, ist eine humanitäre Verpflichtung. Im Vergleich mit anderen Städten gibt es in Koblenz relativ wenig Probleme - auch dank des riesigen ehrenamtlichen Engagements vieler Vereine, Initiativen und Einzelpersonen. Natürlich herrscht auch bei uns ein Mangel an Erstunterbringungsmöglichkeiten und Wohnraum. Unsere städtischen Unterkünfte sind gut belegt. Aber wir haben bereits Lösungen für Erweiterungsmöglichkeiten gefunden. Für unseren Arbeitsmarkt und unseren Wohlstand benötigen wir dringend Zuwanderung aus dem Ausland. Wenn jemand aufgrund von Flucht und Vertreibung zu uns kommt, erst einmal von Bürgergeld lebt, aber dabei deutsch lernt und eine Ausbildung macht, um danach dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, halten wir dies für richtig ausgegebenes Geld.

WGS:

Grundsätzlich begrüßen wir die Zuwanderung von Menschen, die vor Krieg oder Verfolgung ihr Land verlassen müssen. Jedoch erwarten wir auch, dass man unsere Gastfreundschaft nicht dafür missbraucht, um Gelder zu erschleichen oder Straftaten zu begehen. Hier muss der Gesetzgeber deutlich nachbessern.

Wir sehen gerade bei den Flüchtlingen, die sich hier auch wirklich integrieren wollen eine große Chance für unsere Stadt. Wir erleben es ja heute schon in vielen Kranken- und Pflegeberufen, dass diese gar nicht mehr funktionieren würden, wenn wir nicht das Fachpersonal aus anderen Ländern hätten.

Grüne:

Migration ist eine Chance. Über 35 % der Koblenzer*innen haben einen Migrationshintergrund. Wir schaffen eine echte Willkommenskultur in Koblenz, die unserer weltoffenen Kommune gerecht wird. Hierzu werden wir anregen, die Migrations- und Integrationsaufgaben in den verschiedenen zuständigen Ämtern zusammenzufassen und in einem Willkommenszentrum zu bündeln. Außerdem sind wir ein sicherer Hafen für diejenigen, die vor Hunger, Leid, Verfolgung und Krieg flüchten. Wir kommen unserer Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden nach und werden, wie vom Stadtrat beschlossen, mehr Menschen die Aufnahme in unsere Stadt ermöglichen, als es nach dem derzeitigen Verteilungsschlüssel nötig wäre. Für die haupt- und ehrenamtliche Arbeit der Flüchtlingshilfe sind wir sehr dankbar. Wir werden sie auch weiterhin bei ihren Anstrengungen unterstützen.

Die Linke:

Integration sehen wir als wesentliche Aufgabe unserer Migrationsgesellschaft. Sie ist zu 100% eine Chance. Die Herausforderung sehen wir darin, dass Politiker*innen sich weigern, dies anzuerkennen und auch in Koblenz rechte Denkweisen durch die AfD verbreitet werden.

Zudem ist es fatal, wenn Grüne und SPD zu Demos "für Demokratie" aufrufen, gleichzeitig aber das Asylrecht aushöhlen: Die „Bezahlkarte“ und „Zwangsarbeit“ für Geflüchtete sind rassistisch! Integration ist in der Schule wichtig: Sie müssen zu „Familienzentren“ werden, davon profitieren zugewanderte Familien. Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte wollen wir fördern. Für „Schulen ohne Rassismus“ gehört für uns, dass die Mitsprache von Schüler*innen gestärkt wird. In der Politik sind Menschen mit Migrationsgeschichte kaum vertreten, auch das muss sich ändern und z.B. wissenschaftlich untersucht werden, was wir tun können. Außerdem wollen wir, dass alle Geflüchteten gleich behandelt werden und wollen mit der „Seebrücke“, dass Koblenz zu einem „sicheren Hafen“ wird und sich für Seenotrettung und sichere Fluchtwege einsetzt.

Freie Wähler:

Integration kann sowohl gelingen als auch misslingen, und wir erleben beide Facetten in unserer Gesellschaft. Dabei gibt es Chancen, aber auch Herausforderungen.

Auf der einen Seite sehen wir Menschen, die mit ihrem Wissen und Können einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten. Sie sind wichtige Fachkräfte in unserer Wirtschaft und bereichern unsere weltoffene Gesellschaft.

Auf der anderen Seite stehen jedoch Herausforderungen. Wenn Integration nicht erfolgreich ist, können Parallelgesellschaften entstehen, die sich nicht zu unseren Grundwerten und Gesetzen bekennen. Es ist daher wichtig, integrative Maßnahmen zu fördern und sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Die Partei:

Zugewanderte werden unterschiedlich behandelt, sowohl seitens Verwaltung als auch seitens Teilen der Bevölkerung, abhängig davon, woher sie kommen. Diese Ungleichheit schlägt sich in der Unterbringung, der behördlichen Unterstützung sowie der gesellschaftlichen Beurteilung bzw. Akzeptanz und Ansprüchen nieder. Zuwanderung wird vor allem unter den Aspekten „Welchen wirtschaftlichen Nutzen bringt es?“ und „Welche Privilegien könnten wir Einheimischen dadurch verlieren?“ betrachtet. Statt zu hinterfragen, warum in so vielen Bereichen Fachkräftemangel herrscht und ob evtl. die miesen Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen schuld sind, setzt man darauf, dass paar arme Schweine, die vor Krieg, Verfolgung, Armut, Klimawandel, etc. geflohen sind, schon die scheiß Arbeit erledigen werden, ohne aufzumucken („DiE sOLLeN mA fRoH sEiN, dAsS sie HiEr Seln DüRfEn!!“). Wichtig ist immer, dass Zugewanderte erst mal auf keinen Fall gleichgestellt werden, wie Deutsche: Wohnsituation, Arbeitsbedingungen, finanzielle Lage muss alles grundsätzlich beschissener sein.

Btw ohne ehrenamtliche Integrationshelfer*innen, die sich den Hintern aufreißen, um eine gelungene Integration zu gewährleisten, wäre die Situation sogar noch viel mieser!

AfD:

Wir fordern eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Eine medizinische Altersfeststellung von „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ - jeder einzelne kostet uns pro Monat bis zu 5500 Euro.

Eine Anfrage der AfD Koblenz ergab, dass über 50% der „Bürgergeldempfänger“ in Koblenz keinen deutschen Pass besitzen.

Wie möchten Sie die Integration weiter fördern?

Freie Wähler:

Integration beginnt bei der Sprache. Die Sprachförderung ist ein wesentlicher Bestandteil der Integration. In den Kitas und Schulen müssen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund Deutsch sprechen und verstehen lernen. Das Aus für die „Sprachkitas“ als Bundesprogramm ist und bleibt ein katastrophaler Fehler.

SPD:

Es ist ganz wichtig, dass die Menschen früher arbeiten und ihr eigenes Geld verdienen. Bei der Arbeit lernt man die Sprache ohnehin vermutlich leichter als in einem Kurs. Und die Menschen haben ein ganz anderes Lebensgefühl!

CDU:

Wir setzen uns dafür ein, die städtische Ausländerbehörde zu stärken. Des Weiteren sollen die Abläufe des Integrationsprozesses durch Konzepte wie das Lotsenhaus 2.0 vereinfacht werden. Die Integration von Migranten, die sich in unsere Gesellschaft eingliedern möchten, wollen wir aktiv unterstützen. Dazu gehören die Förderung von Sprachkursen, Anreize für Unternehmen, Migranten einzustellen, sowie Initiativen, die ein gegenseitiges Kennenlernen der Kulturen ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in das Bildungssystem, insbesondere durch verstärkte Sprachförderung.

WGS:

Das A und O ist die Sprache. Hier müssen wir schauen, dass wir mehr Angebote schaffen, damit die Flüchtlinge auch schnell unsere Sprache lernen und sich so schneller und besser integrieren können.

Die Linke:

Integration heißt für uns, dass sich die Gesellschaft verändern muss – Integration ist ein Projekt, das alle betrifft! Wer sich mit Migrationsgeschichten nicht auseinandersetzt, wer sich für andere Kulturen nicht interessiert, ist schlecht in unsere Migrationsgesellschaft integriert.

An Schulen brauchen wir mehr Sozialarbeiter*innen, mehr Angebote für geflüchtete Kinder sowie Lehrkräfte für „Deutsch als Zweitsprache“. Wir wollen, dass die Herkunftssprachen in Schulen besser anerkannt werden und z.B. Sprachen wie Türkisch als sprachliche Kompetenz angerechnet wird. Für Geflüchtete wollen wir, dass sie nicht mehr in Sammelunterkünften untergebracht werden, sondern „dezentral“. Das Integrationsamt muss eine eigenständige Behörde werden, mit besserer finanzieller Ausstattung und wir brauchen wieder eine städtische Ehrenamtskoordinationsstelle. In Koblenz arbeiten zudem viele Menschen aus dem europäischen Ausland wie Rumänien, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen müssen verbessert werden, denn sie gehören wie alle anderen zu unserer Gesellschaft. Und Integration fördern heißt für uns: konsequent gegen Rechts vorgehen.

Grüne:

Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in Koblenz ein und werden eine enge Verzahnung des Welcome-Centers der IHK, der International Offices der Hochschulen der Region und der ehrenamtlichen Initiativen in unserer Stadt weiter vorantreiben. Ebenfalls wollen wir alle kommunalen Aufgaben der Einwanderung und Integration zu einem Willkommenszentrum zusammenfassen.

Die Partei:

Indem wir den Nazis, so oft es geht, in ihre braune Suppe spucken. Aber auch den Rechtspopulisten und Konservativen – z.B. Freie Wähler, cDU – mit den Mitteln der Satire entgentreten.

AfD:

Integration ist eine Bringschuld derer, denen die Chance gegeben wird, sich ein Leben in Koblenz aufzubauen, und nicht Aufgabe der „Mehrheitsgesellschaft“ oder staatlicher Stellen. Zuwanderer haben sich an der Rechts-, Werte- und Gesellschaftsordnung des Aufnahmelandes auszurichten und nicht umgekehrt. Das Erlernen der Deutschen Sprache ist hierbei besonders wichtig.

FDP:

Die FDP setzt sich für eine integrationsfördernde Politik ein, die auf Chancengerechtigkeit, Bildung und Teilhabe setzt. Wir möchten die Integration stärken, indem wir beispielsweise den Zugang zu Sprachkursen und Bildungsangeboten erleichtern, um die sprachliche und berufliche Integration zu unterstützen. Zudem setzen wir uns für eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen ein, damit Zugewanderten der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert wird.

Wir befürworten auch Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in Schulen und Unternehmen, um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu stärken. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Integrationsmaßnahmen gezielt und bedarfsorientiert gefördert werden und dass Zugewanderte die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um erfolgreich in Deutschland anzukommen.

Chancengleichheit

Wie wollen Sie Armut bei Kinder- und Jugendlichen bekämpfen?



Was tun Sie, damit die Mieten in Koblenz nicht noch teurer werden?



Wie wollen Sie Armut bei Kinder- und Jugendlichen bekämpfen?

SPD:

Wir sind froh, dass es das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Kinder und Jugendliche gibt, das die SPD auf Bundesebene mit durchgesetzt hat. Dadurch werden Kindern bestimmte Leistungen (z.B. die Mitgliedschaft im Sportverein) ermöglicht. Allerdings wollen wir, dass dieses Geld nicht nur auf Antrag bewilligt wird, sondern automatisch.

Armut bei Kindern und Jugendlichen bekämpft man aber am besten durch die Bekämpfung der Armut ihrer Eltern. Wir wollen, dass alle Menschen schnell eine Arbeit finden und diese auch anständig bezahlt wird. Daher haben wir den Mindestlohn eingeführt. Wir wollen, dass der Mindestlohn weiter steigt.

Freie Wähler:

Auf kommunaler Ebene ist der Spielraum im finanziellen Bereich gering. Wichtig ist, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien den gleichen Zugang zu Bildung haben. Wir müssen mehr Werbung für das Bildungs- und Teilhabepaket machen. Hier haben die Kinder die Möglichkeit zum Beispiel Vereinsmitgliedschaften finanziert zu bekommen. Eine gut ausgebaute Kita- und Ganztagschullandschaft ist nicht nur für die Bildung gut, sondern sorgt auch dafür, dass die Kinder und Heranwachsenden zumindest eine ausgewogene Mahlzeit bekommen.

Grüne:

Die Unterstützungsangebote durch Programme des Bundes, des Landes oder auch der Stadt sind sehr gute Möglichkeiten für eine stärkere Gleichberechtigung. Die Antragstellung für Sozialleistungen wird häufig durch komplizierte Antragsformulare und unübersichtbare Zuständigkeiten erschwert. Serviceorientiert werden wir uns deshalb dafür stark machen, die Leistungen in einer zentralen Anlaufstelle (One-Stop-Shop) zusammenzufassen. Ziel ist eine niedrighschwellige Beratung und Unterstützung unter einem Dach bei allen Sozialleistungen.

WGS:

Auch dies ist ein Thema, welches eher Landes- und Bundesregierung betrifft. Wir können als Kommune nur begrenzt eingreifen, weil wir auch gar nicht über die finanziellen Mittel verfügen. Aber Bund und Land haben durch ihre Gesetze dafür gesorgt, dass 1/3 des gesamten Koblenzer Haushaltes für soziale Ausgaben verwendet werden müssen. 162 Mio. sind es im Jahr 2024. Und gerade einmal 80 Mio. bekommen wir von Bund und Land zurück. Das heißt 82 Mio. müssen wir Koblenzer erst erwirtschaften, um Gesetze die Bund und Land beschlossen haben zu bezahlen. Da bleibt dann nicht mehr wirklich was übrig, um als Kommune weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, weil auch die Straßen und Brücken, die Sportplätze, Schulen und Kindergärten usw. gebaut, renoviert und erhalten werden müssen.

Die Linke:

Sowohl in Bildungs- und Teilhabefragen als auch hinsichtlich Armut halten wir es für wesentlich, dass Kinderrechte ausgebaut werden und Kinder und Jugendliche mehr Mitsprache erhalten. Denn in den Kinderrechten enthalten ist das „Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung“. Armut verhindert dieses Recht. Als Linke fordern wir daher eine umfangreiche „Kindergrundsicherung“. Armut spielt sich häufig im Verborgenen ab, Kinder

schämen sich. Es braucht pädagogisches Personal, das das erkennen kann. Vergessen werden darf nicht, dass Armut zu meist ein Produkt von prekären Arbeitsverhältnissen der Erziehungsberechtigten ist. Gute Löhne, bezahlbare Mieten – das wäre ein wichtiger erster Schritt, damit Kinder nicht erst arm werden müssen. Zudem setzen wir uns für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Wie bereits erwähnt, fordern wir Gebührenfreiheit für

Schulmaterialien usw. und möchten, dass Kinder, die weiterhin von Armut betroffen sind dennoch an Freizeiten und Schulausflügen teilnehmen können, die zu einer „Kindergrundsicherung“ gehören.

AfD:

Sozial schwache Familien erhalten bereits z.B. Sozialhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Leistungen für Bildung und Teilhabe, Kindergrundsicherung, Unterhaltsvorschuss, Freibeträge für Kinder und weitere Förderungen vom Staat.

Wir wollen darüber hinaus die Eigeninitiative und Hilfe zur Selbsthilfe fördern.

Wir regen eine „Schüler-Job-Börse“ an.

FDP:

Die FDP setzt sich dafür ein die Armut von Kindern und Jugendlichen durch gezielte Maßnahmen zu bekämpfen. Dazu gehört die Stärkung von Bildung und frühkindlicher Förderung, um allen Kindern die gleichen Startchancen auf eine gute Zukunft zu ermöglichen. Die FDP befürwortet daher die Einführung von bedarfsgerechten und flexiblen Betreuungsangeboten sowie die Förderung von Bildungs- und Teilhabechancen für benachteiligte Kinder. Die FDP arbeitet daran Familien mit niedrigem Einkommen zu entlasten. Beispielsweise durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder die Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Die FDP fordert zudem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um es den Eltern zu ermöglichen ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern besser nachzukommen.

CDU:

Jedes Kind hat die gleichen Chancen im Leben verdient. Dieser Grundsatz erfordert eine ganzheitliche Betrachtungsweise: Es geht zum einen um zielgerichtete finanzielle Unterstützung für Familien, zum anderen um den Aufbau einer hochwertigen Infrastruktur, die Familien vor Ort zugutekommt und die Erwerbstätigkeit der Eltern fördert, um so das Armutsrisiko für Kinder zu senken. Entscheidend sind jedoch gut ausgebaute Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, attraktive Freizeitmöglichkeiten und die Sicherstellung, dass ausreichend Fachkräfte in Kitas und Schulen zur Verfügung stehen.

Die Partei:

Mit Geld.

Was tun Sie, damit die Mieten in Koblenz nicht noch teurer werden?

Freie Wähler:

Das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum ist in diesen Zeiten immer schwieriger. Die Stadt Koblenz muss über eine Änderung des Flächennutzungsplanes und dortige Ausweisung von zusätzlichen Wohngebieten die Angebote schaffen, um die hohe Nachfrage zu decken. Wir FREIE WÄHLER wollen den Wunsch vom Eigenheim für Koblenzer erfüllt wissen. 28 Gleichwohl setzen wir auf Innenentwicklung- vor Außenentwicklung: Die Innenstadt als Wohnstadt muss durch aktive Wirtschaftsförderung ermöglicht werden. Leerstehende Büroflächen müssen in barrierearme Wohnflächen umgewandelt werden. So schaffen wir den Generationenwechsel in Wohngebieten. Eine Fehlbelegungsabgabe und die Limitierung von Ferienwohnungen in der Alt- und Innenstadt sollen Bemühungen für mehr bezahlbares Wohnen unterstützen.

WGS:

Da haben wir als Stadtrat nur bedingt Einfluss, konkret eigentlich nur ein Stück weit, bei der Stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft „Koblenzer Wohnbau“ Im freien Mietmarkt entscheiden die Vermieter selbst über die Mieten, die sie nehmen. Wir müssen einfach deutlich mehr Möglichkeiten schaffen Mietwohnungen durch die eigene Wohnungsbaugesellschaft oder andere Gesellschaften auf den Markt zu bringen z.B. durch mehr Bauflächen.

Grüne:

Bereits unsere aktuelle Fraktion hat dafür gesorgt, dass bei größeren Neubauten eine 30%-Quote an sozial gefördertem Wohnraum gilt. Diesen Kurs werden wir auch weiterhin forstsetzen und uns zusätzlich für Mietkaufoptionen einsetzen. Ebenfalls wollen wir ein Auszubildendenwohnheim durch die Koblenzer Wohnbaugesellschaft einrichten.

FDP:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Wohnungsmarkt in Koblenz durch eine ausgewogene Mischung von Neubau, Bestandssanierung und sozialer Wohnraumförderung stabilisiert wird. Wir setzen uns für eine Entlastung des Wohnungsmarktes durch den Abbau bürokratischer Hürden und die Förderung von privatem Wohnungsbau ein. Zudem befürworten wir Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem Wohnungsmarkt, um die Mietpreisentwicklung zu bremsen. Die FDP setzt sich dafür ein, die Leerstände zu reduzieren. Wir sind überzeugt, dass dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum nur mit einer Vergrößerung des Angebots entgegengewirkt werden kann. Die FDP Koblenz spricht sich daher unter anderem für die Ausweisung von mehr Flächen für Wohnungsbau aus, auch um mehr jungen Familien den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen.

Zuletzt hat die FDP-Fraktion Koblenz erfolgreich im Stadtrat beantragt die Stadtverwaltung zu beauftragen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bei der Vermietung der 312 leerstehenden BImA-Wohnungen zu prüfen und diese dem Koblenzer Wohnungsmarkt zuzuführen.

AfD:

Wohnraum wird immer knapper. Deshalb fordern wir bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sozialwohnungen, Neubau für mittlere Einkommen sowie Verdichtung der Ortskerne. Klar ist aber auch: Man kann den Wohnungsmarkt nur entspannen, wenn man die Massenzuwanderung, die sich in den Ballungsgebieten wie Koblenz besonders bemerkbar macht, stoppt. Es werden immer mehr Objekte als Flüchtlingsheime – so z.B. bereits in Koblenz-Rauental und der Niederberger Höhe – ausgewiesen. Die Einrichtung eines Flüchtlingsheims in den Kaiserin-Augusta-Anlagen in bester Lage direkt am Rhein dürfte bei vielen Bürgern, die selbst auf Wohnungssuche sind auf großes Unverständnis stoßen.

SPD:

Wir haben mit unseren Bündnispartnern zusammen im Stadtrat einen qualifizierten Mietspiegel für Koblenz durchgesetzt. Damit lässt sich checken, ob eine Miete im Vergleich zu anderen Mieten in ähnlichen Häusern im selben Stadtteil angemessen oder zu hoch ist. Wir haben im Stadtrat festgelegt, dass 30 % aller neugebauten Wohnungen Sozialwohnungen sein müssen. Und wir haben ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ gegründet. Damit die Mieten in Koblenz nicht noch teurer werden, brauchen wir vor allem mehr Wohnungen. Zahlreiche Bauvorhaben sind noch in Arbeit, aber wir wollen, dass auch darüber hinaus weiter günstige Wohnungen gebaut werden. Das macht z.B. unserer Koblenzer Wohnbaugesellschaft. Sie wollen wir mit Personal und Kapital stärken, damit sie ihre Aufgabe noch besser erledigen kann.

Die Linke:

Unsere Positionen zur Wohnungs- und Mietpolitik siehe: eine Frage nach oben.

An dieser Stelle möchten wir Maßnahmen herausstellen, die hohe Mietpreise kompensieren können: Einer unserer größten Erfolge unserer Fraktion war die bereits erwähnte Einführung eines „Sozialtickets“, aber hier dürfen natürlich die Bemühungen nicht aufhören. Wir fordern kostenfreies Mensaessen, Ausbau von Foodsharing und Carsharing, aber auch kostenfreie Menstruation-Artikel. Letzteres konnten wir erfolgreich als Pilotprojekt an zwei Koblenzer Schulen einführen. Wir haben kommunal keinen Einfluss auf die Preise für Getränke beim Cafe oder beim Kiosk, aber wir fordern Räumlichkeiten, die frei von Konsumdruck sind. Das können Lernräume sein, wo jeder Mensch was mitbringen kann oder auch Cafes, wo man sich mit Freund*innen treffen kann.

CDU:

Wir möchten ein breites Wohnraumangebot in der Stadt sicherstellen, das sowohl Eigentums- als auch Mietoptionen umfasst, die für verschiedene Bevölkerungsgruppen wie Senioren und Alleinerziehende erschwinglich sind. Zusätzlich ist es unser Anliegen, das Zusammenleben verschiedener Generationen zu fördern und betreutes Wohnen zu stärken.

Wir setzen uns dafür ein, den sozialen Wohnungsbau entscheidend zu erweitern und den Studierenden mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Umnutzung von leerstehenden Gewerbeflächen zu Wohnraum soll gefördert und moderne Wohnquartiere mit zukunftsorientierten Energie- und Verkehrskonzepten sollen entwickelt werden, insbesondere in Stadtteilen mit Entwicklungspotenzial wie der ehemaligen Fritsch-Kaserne, in der Umgebung der Koblenzer Brauerei, im Moselbogen und in Lützel.

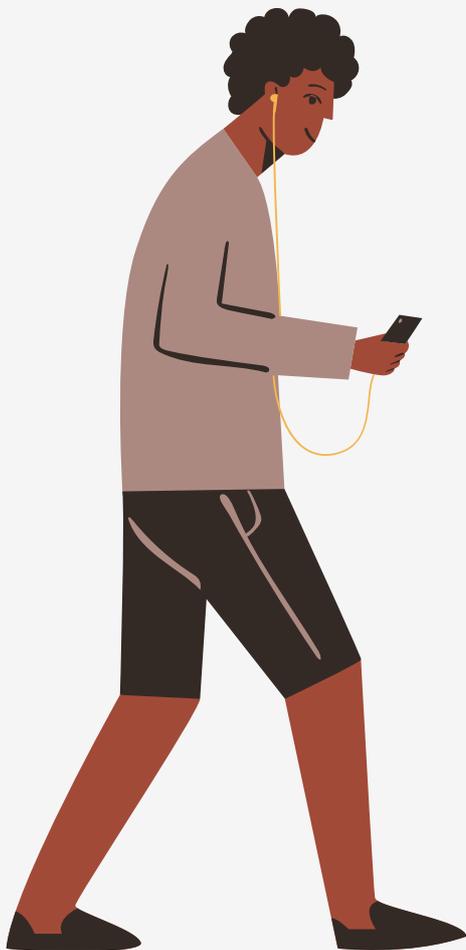
Unser Ziel ist eine lebendige Urbanität, die den Geist unserer Stadt widerspiegelt und kurze Wege für das tägliche Leben zwischen Wohnen, Arbeit, Einzelhandel, medizinischer Versorgung, Bildung, Naherholung sowie Gastronomie und Kultur ermöglicht. Dies soll auf Basis des neuen Flächennutzungsplans erreicht werden, der die zügige Entwicklung konkreter Bebauungspläne vorsieht.

Die Partei:

Wir wollen eine städtische Graffiti-Sprayer-Spezialeinheit aufstellen, die in die hochpreisigen Stadtteile geht und dort die Gegend verschandelt. Je mehr Graffiti in einem Stadtteil desto geringer die Mieten. Außerdem sollen die Sprayer zusätzlich mit Schreckschuss-Pistolen ausgerüstet werden, um random in den Straßen mal in die Luft zu ballern, um Miethaie zu vertreiben und die Wohnungspreise zu drücken.

Extremismus

Auf Social Media gibt es Inhalte von Extremisten zu sehen. Wie wollen Sie verhindern, dass Jugendliche dadurch radikale politische Einstellungen übernehmen?



Auf Social Media gibt es Inhalte von Extremisten zu sehen. Wie wollen Sie verhindern, dass Jugendliche dadurch radikale politische Einstellungen übernehmen?

Die Partei:

Soweit wir wissen, gibt es da ja vor allem eine Menge Inhalte von RECHTSextremisten zu sehen, insbesondere von NSAfD & Friends. Von TikTok-Nazis zu fundamental-religiösen Spinnern mit albernen Bärten über verschwörungsgläubige Flache-Erde-Trottler bis fake news verbreitende Putin-Trolle tummelt sich ein bunter, extremer Haufen in diesem „Internet“. Als Vertretung der extremen Mitte tummelt die sehr gute PARTEI natürlich mit und versucht mit eigenen extremen Inhalten (und Katzen Content) junge Menschen durch Social Media turbopolitisch zu radikalisieren.

SPD:

Wie sehen es als Aufgabe der Bildungspolitik an, hier Aufklärung zu leisten. Demokratieerziehung und der Umgang mit (sozialen) Medien ist eine wichtige Aufgabe der Schulen und muss noch verstärkt werden. Verfassungsfeindliche Inhalte in den sozialen Medien müssen stärker verfolgt und bestraft werden. Dazu brauchen wir auch Gesetzesänderungen auf Bundes- und europäischer Ebene, für die wir uns einsetzen. Daneben beschäftigen wir uns auch als Partei sehr stark mit dem Einfluss der sozialen Medien und versuchen, unsere demokratischen Botschaften dagegen zu setzen.

Freie Wähler:

Wir alle müssen entschieden gegen Extremismus auftreten, und das fängt bei jedem einzelnen von uns an. Indem wir mit gutem Beispiel vorangehen und Demokratieerziehung von klein auf in Kitas und Schulen fördern, können wir sicherstellen, dass Demokratie für jeden Bürger erlebbar wird. Deshalb setzen sich die Freien Wähler für die Schaffung eines zentralen Ortes der Demokratie in Koblenz ein. Sie schlagen vor, den alten Plenarsaal des Mainzer Landtags in den Koblenzer Kulturbau zu verlegen und dort eine erlebbare Dauerausstellung mit dem Titel "Ort der Demokratie" zu etablieren.

CDU:

Die Stadt Koblenz trägt als Schulträger eine große Verantwortung für die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen - angefangen bei der Schülerbeförderung über die Gebäude und Ausstattung bis hin zu Betreuungsangeboten. Die Ausstattung jedes Klassenzimmers mit Smartboards und die Bereitstellung von Tablets für jede Schule sind wesentliche Schritte, denn digitale Bildung ist entscheidend für die Partizipation in der digitalen Welt. Wir fordern zudem, dass das Lehramtsstudium besser auf den Beruf vorbereitet, besonders im Bereich der Digitalisierung. Eine konsequente Weiterbildung der Lehrkräfte ist unerlässlich, um mit den Entwicklungen der Digitalisierung Schritt halten zu können. Nur mit digitaler Ausstattung und digitaler Bildung in den Schulen können Jugendliche auf die Chancen und Herausforderung von Social Media vorbereitet werden. Die Stadt soll als Schulträger eine digitale Bildung ermöglichen durch entsprechende Ausstattung der Schulen und damit den Lehrpersonen die Möglichkeiten eröffnen, bildend / unterrichtend auf die Schüler einzuwirken. Daneben pflegen wir als CDU und die JU in Koblenz einen eigenen sachlich-informativen Auftritt in den sozialen Medien.

FDP:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Jugendliche in der Schule und im Elternhaus über die Risiken von Extremismus in sozialen Medien aufgeklärt werden. Kinder die beste Medienkompetenz erlernen können. Zudem befürworten wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Plattformbetreibern und schlagkräftigen Sicherheitsbehörden, um extremistische Inhalte schnell zu identifizieren und zu entfernen. Es ist wichtig, dass die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt, aber gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass extremistische Ideologien nicht ungestört verbreitet werden können. Wir setzen auf Prävention und Aufklärung, um einer politischen Radikalisierung von Jugendlichen entgegenzuwirken. Aufklärung und Bildung der Kinder und Jugendlichen soll sie befähigen eigene demokratische Meinungen zu äußern und extremistischen Aussagen selbstbewusst zu widersprechen.

Die Linke

Hass im Netz ist eine Straftat, sie kommt in Deutschland fast ausnahmslos von Rechts. Hier braucht es konsequentes Handeln durch die Social-Media-Anbieter*innen. Wichtig ist auch, um Extremismus erkennen zu können, politische Bildung. So wie die aktuelle Politikwissenschaft lehnen wir die „Hufeisen-Theorie“ (Gleichsetzen von Links- und Rechtsextremismus) ab. Junge Menschen, die sich auf die Straße kleben, sind nicht „extremistisch“, sondern setzen sich für eine bessere Welt für alle ein. Wer das behauptet, entschärft damit auch den Rechtsextremismus und das ist sehr gefährlich. Zudem braucht es Social-Media-Kompetenzen, z.B. einen „Digitalführerschein“ für Schüler*innen wie Pädagog*innen. Wir müssen lernen, was Fake-News sind, wie sie entstehen. Vor Ort heißt das, dass politische Entscheidungen transparent gemacht werden, daher hat unsere Fraktion das „Livestreaming“ der Stadtratssitzungen eingebracht. „Vor Ort“ heißt auch, dass Social-Media das „Haus Metternich“ nicht ersetzt: Offene Jugendarbeit ist sehr wichtig, damit die eigenen Gedanken, Sorgen mitgeteilt werden können und wir wollen mehr „Safer Spaces“.

Grüne:

Wir wollen Angebote für Jugendliche, die sich für Demokratieförderung und gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen weiter ausbauen. Wie oben beschrieben, wollen wir durch das Planspiel Stadtrat an Koblenzer Schulen, Jugendlichen die Möglichkeit geben direkten Einblick in demokratische Prozesse zu erlangen. Durch das Verständnis von demokratischen Prozessen sind Menschen auch weniger anfällig für Verschwörungsmysmen und Fake-News.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass das Programm „Demokratie Leben“ auch mit kommunalen Mitteln gestärkt wird, die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ausgebaut wird und ein jährlicher Demokratieförderpreis für Koblenzer Initiativen, die sich besonders für eine vielfältige, demokratische und solidarische Gesellschaft engagieren eingeführt wird.

Gerade in dieser Zeit, in der Rechtsextremismus und Verschwörungsmysmen so erheblichen Zuwachs verzeichnen, ist es wichtig, dass alle Demokrat*innen gemeinsam Verantwortung übernehmen, um unsere Demokratie und unsere Werte zu verteidigen. Wir streben deswegen ein gemeinsames Bekenntnis aller demokratischen Parteien und Wähler*innengruppen an, sich von diesen Kräften, vor allem der AFD, zu distanzieren, jede Zusammenarbeit auszuschließen und diese Kräfte mit allen Mitteln zu bekämpfen.

WGS:

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass jegliche Art des Extremismus Scheiße ist. Wir alle haben es ein Stück weit in der Hand, in unseren Social Medien Kanälen darauf zu achten, dass wir keine extremistischen Meinungen teilen und somit junge Leute davor ein kleines Stück weit schützen. Allerdings glauben wir, dass es wohl viel größere Kanäle gibt, auf denen die Jugendlichen mit diesen Themen konfrontiert werden und die liegen nicht in unserer Verantwortung. Wenn gerade die Bundes- und Landespolitik, endlich wieder anfangen würde aus ihrer eigenen Blase rauszukommen und wieder Politik FÜR die Menschen in unserem Land machen würden, dann würden Extremisten ganz schnell wieder von der Bildfläche verschwinden.

AfD:

Strafrechtlich relevante oder verbotene Inhalte müssen verfolgt und gelöscht werden. Jedoch müssen in einer Demokratie vermeintlich umstrittene Inhalte toleriert werden. Mit Begriffen wie »Hass und Hetze« wird häufig der Kampf gegen politisch unliebsame Bürger geführt. Wir stehen für Demokratie und Meinungsaustausch. Wir wollen keine Meinungszensur im Internet.

Kontakt

Ansprechpartner:

Frederik Breit

Kinder- und Jugendbüro

Markenbildchenweg 38

56068 Koblenz

jugendbuero@jukuwe.de

0261-1334227

Weitere Informationen zu U18 Wahlen unter:

<https://www.u18.org>

Folgt uns auf Instagram:

https://www.instagram.com/kijub_ko